



Bericht über die Eigenbetriebe und Museumsstiftungen 2003

Freie Hansestadt Bremen

Der Senator für Finanzen

Freie
Hansestadt
Bremen

Herausgeber: **Der Senator für Finanzen**
Rudolf - Hilferding - Platz 1
28195 Bremen

Ansprechpartner: **Ralf Gerth**
Telefon: 0421/ 361 4135
e-mail: ralf.gerth@finanzen.bremen.de

Druck: **Druckerei Senator für Finanzen**

Dieser Bericht ist auch als CD erhältlich.

Bremen, im November 2004

Bericht über die Eigenbetriebe und Museumsstiftungen 2003

Inhalt

	Seite
0. Vorwort	5
1. Einleitung	
1.1 Allgemeines	6
1.2 Eigenbetriebe	6
1.3 Museumsstiftungen	7
1.4 Neugründungen / Veräußerungen	7
1.5 Graphische Darstellung	8
1.6 Erläuterung von Fachbegriffen	9
2. Eigenbetriebe und Stiftungen	
2.1 Inhaltsverzeichnis	15
2.2 Personal der Betriebe und Stiftungen	16
2.3 Zuschüsse aus dem Haushalt	16
2.4 Einzeldarstellungen	19
3. Alphabetischer Index	128





Vorwort

Dieser vierte Bericht über die Eigenbetriebe nach § 26 der Landeshaushaltordnung sowie die Museumsstiftungen als Stiftungen öffentlichen Rechts vermittelt einen zeitnahen Überblick über diese Einrichtungen. Er bietet für die Jahre 1999 bis 2003 eine Darstellung über die Entwicklung dieser Einrichtungen und trägt zur Transparenz der aus dem Haushalt ausgegliederten Teile der bremischen Verwaltung bei. Die Eigenbetriebe und Museumsstiftungen arbeiten zwar wirtschaftlich weitgehend selbstständig, sind jedoch nach wie vor Teile der öffentlichen Verwaltung ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Trotz ihrer eingeschränkten rechtlichen Selbstständigkeit haben sie beachtenswerte Ergebnisse vorzuweisen. Die finanzpolitische und gesellschaftliche Bedeutung kommt in diesem Bericht angemessen zum Ausdruck.

Die Beteiligungsgesellschaften der Freien Hansestadt Bremen werden in einem eigenen Bericht dargestellt.

Wesentliche Aufgabenbereiche einer modernen Verwaltung können nicht nur von Unternehmen in privater Rechtsform, sondern auch von Eigenbetrieben und Stiftungen flexibel und effizient erbracht werden. Während das kaufmännische Rechnungswesen in der öffentlichen Verwaltung erst nach und nach eingeführt wird, ist dies in den nach kaufmännischen Gesichtspunkten geführten Betrieben und Stiftungen selbstverständlich.

Die Rechtsform der Stiftung bietet engagierten Bürgerinnen und Bürgern zudem eine Möglichkeit, sich in die Gestaltung ihres Umfeldes aktiv einzubringen und sich dadurch mit ihrer Stadt zu identifizieren. Gerade die Freie Hansestadt Bremen kann auf eine lange Tradition des Einsatzes ihrer Bürgerinnen und Bürger in Stiftungen zurückblicken.

Die Freie Hansestadt Bremen verfügte zum 31. Dezember 2003 über 17 Eigenbetriebe und zwei öffentlich - rechtliche Stiftungen. Zwei Eigenbetriebe wurden zum Jahresende als Folge von Organisationsänderungen geschlossen. Ihre Aufgaben sind auf andere Einrichtungen übertragen worden, das Personal und das Vermögen wurden an andere Einrichtungen versetzt bzw. übertragen. Die vier bis Ende 2003 als Eigenbetriebe geführten kommunalen Krankenhäuser sind zum 1. Januar 2004 in gemeinnützige Gesellschaften umgewandelt worden.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Ulrich Nußbaum".

Dr. Ulrich Nußbaum

Senator für Finanzen

1.1. Allgemeines

Die Modernisierung der Verwaltung, verbunden mit einem Wandel des Verständnisses über die Aufgaben einer Verwaltung, haben in Bremen und im gesamten Bundesgebiet zu einer Neuorientierung der Verwaltungen geführt. Die Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen wurde nach den Prinzipien des Neuen Steuerungsmodells, einem von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) entwickelten Reformmodell, umgebaut. Die Umsetzung des Neuen Steuerungsmodells in Bremen beinhaltete eine umfassende Verwaltungsreform mit dem Ziel, wirtschaftliches und zielorientiertes Handeln der Verwaltung zu verbessern. Zentrales Element des Neuen Steuerungsmodells ist die flächendeckende Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie die dezentrale Haushaltssteuerung nach klar definierten Leistungsanforderungen. Dabei wurden originäre staatliche Tätigkeiten einschließlich Steuerungsaufgaben von den operativen dezentralen Leistungseinheiten getrennt bzw. sind noch zu trennen. Für die dezentrale Aufgabenerfüllung ist je nach Anforderung des Einzelfalles die optimale Rechts- und Organisationsform zu finden. Hierbei erweisen sich herkömmliche Verwaltungsstrukturen oftmals als unzureichend; ein anderer rechtlicher und organisatorischer Rahmen führt zu mehr Kostentransparenz, Effizienz und Flexibilität.

1.2. Eigenbetriebe

Neben Kapitalgesellschaften eignen sich Eigenbetriebe zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Eigenbetriebe sind Einrichtungen, die wirtschaftlich, aber nicht rechtlich selbstständig sind. Ein wesentlicher Vorteil der Eigenbetriebe ist Kostentransparenz durch die kaufmännische Buchführung. Da die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in allen Bereichen der bremischen Verwaltung der Anstrengungen eines mehrjährigen Reformprozesses bedarf, nehmen die Eigenbetriebe auf diesem Wege Vorbildfunktion ein und haben Pilotcharakter.

In Bremen bestehen Ende des Jahres 2003 17 Eigenbetriebe nach § 26 Abs. 2 LHO.

Die Fach-, Rechts- und Ressourcenverantwortung der Eigenbetriebe liegt beim zuständigen Senatsressort (Fachressort). Dem Senator für Finanzen obliegt das zentrale Eigenbetriebscontrolling.

Eigenbetriebe werden durch Orts- oder Landesgesetze errichtet. Eine vergleichbare Aufgabenstellung wie die der Aufsichtsräte von Gesellschaften obliegt den Betriebsausschüssen. Die Anzahl ihrer Mitglieder wird durch das betreffende Orts- oder Landesgesetz bestimmt. Dem Betriebsausschuss gehören weiterhin zwei Vertreter der Bediensteten an, von denen einer nicht Bediensteter des Betriebes sein darf. Die Mitglieder werden vom Parlament bzw. vom Personal des Betriebes gewählt. Regelmäßig kommen die Mitglieder des Betriebsausschusses somit aus den Reihen der Abgeordneten, den Vorsitz führt in der Regel das fachlich zuständige Mitglied des Senats.



1.3. Museumsstiftungen

Die zwei Landesmuseen sind durch das Gesetz zur Errichtung von Museumsstiftungen als rechtsfähige Stiftungen des öffentlichen Rechts errichtet worden. Den Stiftungen stehen jeweils ein Stiftungsrat, bestehend aus fünf Personen, und der Vorstand vor. Die Aufgaben der Stiftungsräte vereinen die Aufgaben eines Aufsichtsrates und Gesellschafters. Nach der Satzung sind für die Wirtschaftsführung die Bestimmungen des Eigenbetriebsgesetzes entsprechend anzuwenden.

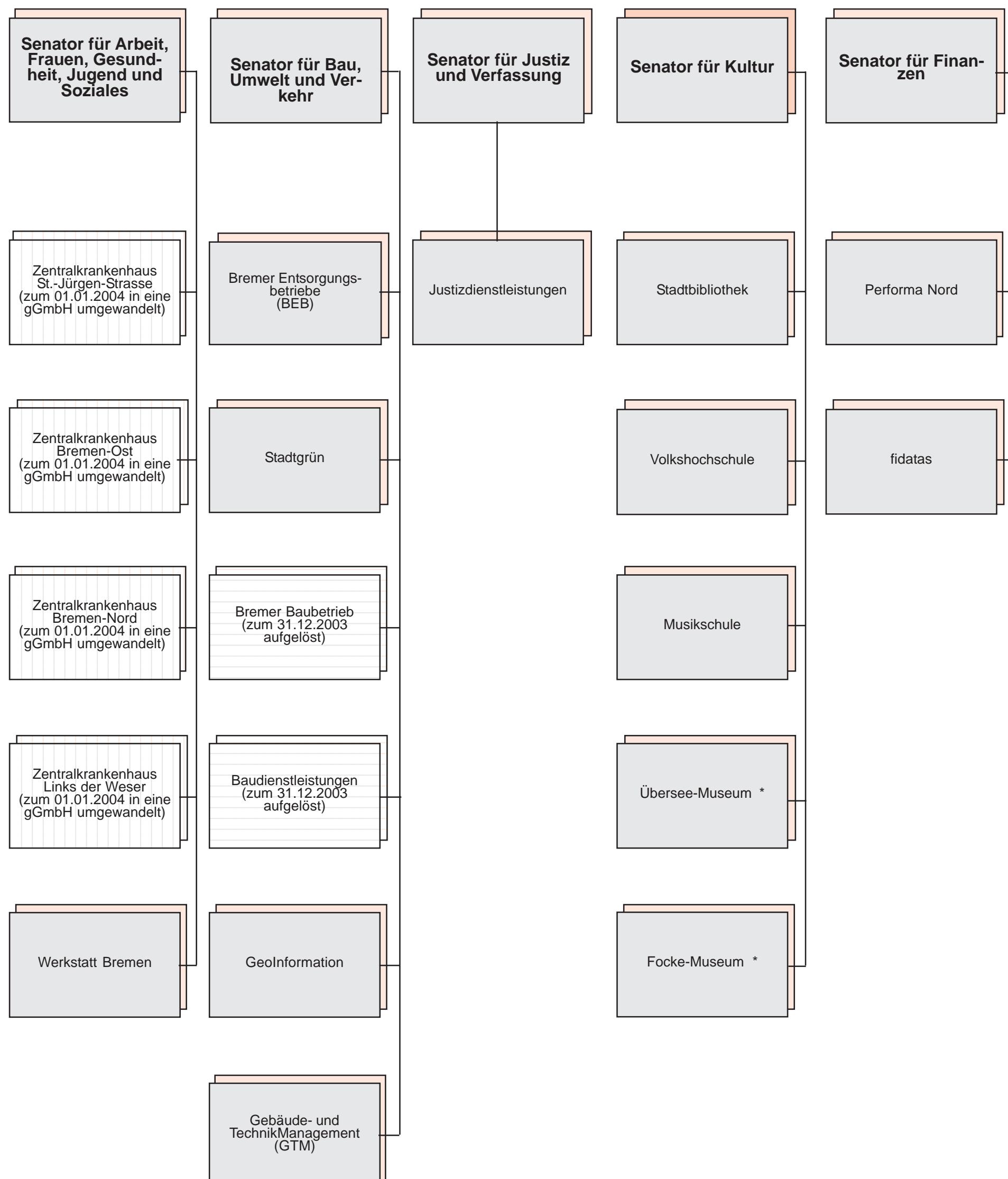
1.4. Neugründungen / Veräußerungen 2003

Die Zunahme der Anzahl der Eigenbetriebe und Stiftungen und der Anspruch Bremens, das Handeln der öffentlichen Hand nach klar definierten Leistungsanforderungen auszurichten, hat neue Anforderungen an die Verwaltung gestellt. Bremen hat ein Konzept zur Begründung eines Beteiligungsmanagements erarbeitet, das auch auf die Eigenbetriebe und die Stiftungen übertragen werden soll. Wesentliche Elemente des neuen Managements sind die Steuerung anhand von Zielvorgaben, ein flächendeckendes Controlling und ein nach Adressaten ausdifferenziertes Berichtswesen.

Im Zuge der Neuorganisation des Liegenschaftsbereiches sind die Eigenbetriebe „Bremer Bausbetrieb“ und „Baudienstleistungen Bremen“ zum 31.12.2003 aufgelöst worden. Das Personal und das Anlagevermögen wurden auf verschiedene Dienststellen, Eigenbetriebe und Gesellschaften aufgeteilt.

Die Krankenhäuser wurden zum 1.1.2004 in gemeinnützige Gesellschaften umgegründet. Die vier Gesellschaften wurden unter einer Holding zusammengefasst, behielten dabei aber eine weitgehende Selbständigkeit.

1.5. Organigramm der bremischen Betriebe nach § 26 LHO und der Museumsstiftungen



* Museumsstiftung

1.6. Erläuterung von Fachbegriffen

Nachfolgend werden einige der im Eigenbetriebsbericht verwendeten Fachbegriffe herausgegriffen und erläutert.

Im Anschluss an die allgemeinen Daten wird bei jedem Eigenbetrieb eine Bilanz abgebildet:

Bilanzdaten in T€					
Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen					
Umlaufvermögen					
Sonstige Aktiva					
RAP					
Bilanzsumme					
Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital					
Sonderposten					
Rückstellungen					
Verbindlichkeiten					
Sonstige Passiva					
RAP					
Bilanzsumme					

Bilanz

Sie schafft als eine stichtagsbezogene Zeitpunktrechnung die Übersicht über das betrieblich gebundene Vermögen. Dabei werden auch sämtliche Belastungen mit einbezogen.

- Auf der Aktivseite (AKTIVA) werden die Vermögenswerte (Mittelverwendung) dargestellt.
- Auf der Passivseite (PASSIVA) werden das Eigenkapital, die Schulden und sämtliche sonstigen Belastungen (Mittelherkunft) dargestellt.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen umfasst grds. alle Vermögensgegenstände, die dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen. Zum typischen Anlagevermögen gehören u.a. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Konzessionen, Beteiligungen, immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen sowie Finanzanlagen.

Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen umfasst Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Betrieb zu dienen (z.B. Vorräte, Forderungen, liquide Mittel).

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Bei den RAP's handelt es sich um Korrekturposten, die dazu dienen, die periodengerechte Erfolgsermittlung zu gewährleisten. Sie entstehen grundsätzlich dann, wenn der einem Geschäftsjahr zuzurechnende Aufwand, bzw. Ertrag und die zugehörige Ausgabe bzw. Einnahme in unterschiedliche Rechnungsperioden fallen. Man unterscheidet zwischen aktiven und passiven RAP's.

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme ergibt sich aus der Addition sämtlicher Posten der Aktiv- oder Passivseite der Bilanz.

Eigenkapital

Kapital, das dem Unternehmen von den Unternehmenseignern (u.U. auch Zuschussgebern) zum Teil ohne zeitliche Begrenzung zur Verfügung gestellt wird.

Sonderposten

Dabei handelt es sich um einen Passivposten der Bilanz, in dem z.B. die für Investitionen erhaltenen Fördermittel bzw. Zuschüsse eingestellt werden, wenn das entsprechende Anlagegut mit den ungekürzten Anschaffungs-/ Herstellungskosten aktiviert wird. Dieser Posten wird über die Nutzungsdauer des Anlagegutes entsprechend der Abschreibung anteilig in Höhe der Förderquote ertragswirksam aufgelöst.

Rückstellungen

Rückstellungen dienen der periodengerechten Erfolgsermittlung. Zudem handelt es sich um Verpflichtungen am Bilanzstichtag. Dies können sowohl Verpflichtungen gegenüber Dritten als auch eigene Verpflichtungen (z.B. unterlassene Instandhaltung) sein. Im Unterschied zu Verbindlichkeiten sind Rückstellungen der Höhe und/oder dem Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nach noch ungewiss.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind Schulden einer Unternehmung (aller Art). Sie sind der Höhe und/oder dem Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nach gewiss. Sie werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.



Gewinn- und Verlustrechnung

Weiterhin werden im Beteiligungsbericht Daten zur Ertragslage der jeweiligen Gesellschaft aufgezeigt. Dabei werden die Aufwendungen den Erträgen des Geschäftsjahrs als Zeitraumrechnung gegenüber gestellt. Weiterhin wird der vom Unternehmen erwirtschaftete Erfolg des Geschäftsjahrs (Jahresergebnis) ausgewiesen.

Ertragslage im Jahresvergleich in T€					
	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse					
2 ertragswirksame Zuschüsse					
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen					
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen					
5 sonstige betriebliche Erträge					
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)					
6 Material					
7 bezogene Leistungen					
8 Personalaufwand					
9 Abschreibungen					
10 sonstiger betrieblicher Aufwand					
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)					
III Betriebsergebnis (I-II)					
11 Beteiligungsergebnis					
12 Zinsergebnis					
IV Finanzergebnis (11+12)					
V Ergebnis gewöhl. Geschäftstätigkeit (III+IV)					
13 ausserordentliches Ergebnis					
14 Steuern					
VI Jahresergebnis (V+13-14)					

Umsatzerlöse

Der Umsatz ist die Summe der mit den Verkaufspreisen bewerteten Absatzmengen oder Dienstleistungen eines Unternehmens während einer Abrechnungsperiode. Der Umsatz wird im Rahmen der handelsrechtlichen sog. Gewinn- und Verlustrechnung als Umsatzerlös bezeichnet. Er enthält unter anderem die Erlöse aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung von für die gewöhnlichen geschäftstätigkeittypischen Erzeugnisse und Waren sowie Dienstleistungen nach Abzug der Erlösschmälerungen (Boni, Rabatte, Skonti) und der Umsatzsteuer.

ertragswirksame Zuschüsse

Bei Zuschüssen handelt es sich um Zuwendungen aus dem Haushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadt/Land).

Entgelte aufgr. Geschäftsbesorgungsverträge

Diese Entgelte werden für erbrachte Dienstleistungen gegenüber der Freien Hansestadt Bremen gezahlt.

Bestandsveränderungen

Beim Bestand handelt es sich um die Menge an Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffen sowie halbfertigen Erzeugnissen, die vom Unternehmen für die Produktion auf Lager gehalten werden.

sonstige betriebliche Erträge

Erträge beziehen sich immer auf die Entstehung und den Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen. Unter sonstige betriebliche Erträge könnte z.B. der Verkauf von Anlagegütern, etc. fallen.

Gesamtleistung

Die Gesamtleistung ist die Summe der Posten "Umsatzerlöse" bis "sonstige betriebliche Erträge".

Material

Dabei handelt es sich um Ausgaben für die in einer bestimmten Periode in der Produktion nach Art, Qualität, Menge und zeitlichem Einsatz spezifizierten benötigten Materialien.

bezogene Leistungen

Dabei handelt es sich um Ausgaben für z.B. fremderbrachte Dienstleistungen, die für das Unternehmen benötigt werden.

Personalaufwand

Der Personalaufwand beschreibt die Kosten der Einstellung (Anwerbung, Auswahl), Umsetzung (Einarbeitung, Ausbildung), Freisetzung (Abfindung, Überbrückung) und dem laufenden Betrieb (Lohn, Gehalt). Neben den Löhnen und Gehältern zählen zudem die gesetzlichen und freiwilligen Sozialleistungen (gesetzlich geregelte Beiträge des Arbeitgebers an die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) als Nebenkosten zum Personalaufwand.



Abschreibung

Die **Abschreibung** ist die Erfassung der Wertminderung abnutzbaren Vermögens im Rechnungswesen. Gebäude, Maschinen, Büroeinrichtungen etc. erfahren durch Abnutzung, Verschleiss oder technischen Fortschritt eine Entwertung. Abschreibungen stellen deshalb Aufwendungen im Sinne eines Güterverbrauchs dar, der zu einer Minderung des Gewinns führt. Zudem führt die Abschreibung gleichzeitig zu einer Verminderung des Vermögenswertes in der Bilanz eines Unternehmens.

sonstiger betrieblicher Aufwand

Der Aufwand bezieht sich immer auf die Entstehung und den Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen, z.B. der Bezug von Beratungsleistungen.

Betriebsaufwand

Der Betriebsaufwand ist die Summe der Posten „Materialaufwand“ bis „sonstiger betrieblicher Aufwand“.

Betriebsergebnis

Das Betriebsergebnis ist die Differenz aus der „Gesamtleistung“ und dem „Betriebsaufwand“.

Beteiligungsergebnis

Beim Beteiligungsergebnis handelt es sich um die Differenz aus den Einnahmen und den Ausgaben, die im Zusammenhang mit vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen stehen.

Zinsergebnis

Beim Zinsergebnis handelt es sich um die Differenz aus den Zinseinnahmen (z.B. Guthabenzinsen, etc.) und den Zinsausgaben (z.B. Schuldzinsen, etc.).

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis ergibt sich aus der Addition der Posten „Beteiligungsergebnis“ und „Zinsergebnis“.

Ergebnis gewöhnlicher Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis gewöhnlicher Geschäftstätigkeit ergibt sich aus der Summe der Posten „Betriebsergebnis“ und „Finanzergebnis“.

ausserordentliches Ergebnis

Bei dem ausserordentlichen Ergebnis handelt es sich um einen im Verhältnis zur ordentlichen Geschäftstätigkeit herausragenden oder periodenfremden Ertrag/ Aufwand (z.B. Schadensersatzzahlungen von Versicherungen, Auflösung von Prozesskostenrückstellungen, etc.)

Steuern

Steuern sind Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich – rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft.

Es wird vornehmlich zwischen den direkten (z.B. der Körperschaftsteuer) und den indirekten Steuern (z.B. der Umsatzsteuer) unterschieden.

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis bildet sich aus dem “Ergebnis gewöhnlicher Geschäftstätigkeit” zuzüglich dem “ausserordentlichem Ergebnis” sowie abzüglich “Steuern”.



Eigenbetriebe und Museumsstiftungen

2.1 Inhaltsverzeichnis

	Seite
Personal und Zuschüsse	16
Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	
- Rechtsstellung der Krankenhausbetriebe	18
- Zentralkrankenhaus St.- Jürgen- Straße	19
- Zentralkrankenhaus Bremen- Ost	27
- Zentralkrankenhaus Bremen- Nord	34
- Zentralkrankenhaus Links der Weser	42
- Werkstatt Bremen	49
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr	
- Bremer Entsorgungsbetriebe (BEB)	58
- Stadtgrün Bremen	65
- Bremer Baubetrieb (BBB)	71
- Baudienstleistungen Bremen (BDL)	73
- GeoInformation Bremen	75
- Gebäude- und TechnikManagement Bremen (GTM)	81
Senator für Justiz und Verfassung	
- Justizdienstleistungen Bremen (Judit)	86
Senator für Kultur	
- Stadtbibliothek Bremen	89
- Volkshochschule Bremen (VHS)	95
- Musikschule Bremen	101
- Stiftung Übersee - Museum	106
- Stiftung Fock - Museum	111
Senator für Finanzen	
- Performa Nord	117
- fidatas Bremen	123

2.2 Personal der Eigenbetriebe und Stiftungen (Beschäftigungsvolumen)

Eigenbetrieb / Stiftung	1999	2000	2001	2002	2003
Zentralkrankenhaus St.- Jürgen-Straße	2.432	2.416	2.421	2.461	2.435
Zentralkrankenhaus Bremen- Ost	1.622	1.620	1.619	1.599	1.592
Zentralkrankenhaus Bremen- Nord	811	802	802	805	796
Zentralkrankenhaus Links der Weser	930	932	947	965	975
Werkstatt Bremen	1.813	1.874	1.822	1.887	1.907
Bremer Entsorgungsbetriebe	95	93	95	97	100
Stadtgrün Bremen	407	400	397	357	334
Bremer Baubetrieb	175	232	211	135	114
Baudienstleistungen Bremen	der Betrieb verfügt nicht über eigenes Personal				
GeoInformation Bremen	156	144	139	140	147
Gebäude- TechnikManagement Bremen	-	-	-	270	275
Bremer Kommunikationstechnik	125	120	114	-	-
Justiz- Dienstleistungen Bremen	173	171	148	143	119
Stadtbibliothek Bremen	157	128	128	128	133
Volkshochschule Bremen	47	50	55	54	54
Musikschule Bremen	42	42	41	37	34
Stiftung Übersee- Museum	61	47	42	43	37
Stiftung Focke- Museum	22	22	22	22	23
Performa Nord	-	227	225	243	237
fidatas Bremen	-	-	92	91	95
Summe	9.068	9.320	9.320	9.477	9.407

2.3 Zuschüsse aus dem Haushalt (Angaben in T€)

Eigenbetrieb / Stiftung	1999	2000	2001	2002	2003
Zentralkrankenhaus St.- Jürgen-Straße	179	189	199	147	235
Zentralkrankenhaus Bremen- Ost	0	0	0	0	0
Zentralkrankenhaus Bremen- Nord	0	0	0	0	0
Zentralkrankenhaus Links der Weser	0	0	0	0	0
Werkstatt Bremen	0	0	0	0	0
Bremer Entsorgungsbetriebe	0	0	0	0	0
Stadtgrün Bremen	0	0	0	0	0
Bremer Baubetrieb	0	0	0	0	6.016
Baudienstleistungen Bremen	0	0	0	0	0
GeoInformation Bremen	0	0	0	0	0
Gebäude- TechnikManagement Bremen	-	-	-	0	0
Bremer Kommunikationstechnik	0	0	0	-	-
Justiz- Dienstleistungen Bremen	0	0	0	0	0
Stadtbibliothek Bremen	8.665	8.474	8.763	8.989	8.622
Volkshochschule Bremen	3.292	3.283	3.423	3.381	3.479
Musikschule Bremen	1.504	1.681	1.604	1.617	1.717
Stiftung Übersee- Museum	2.728	3.042	4.370	3.400	3.453
Stiftung Focke- Museum	1.505	1.448	1.572	1.580	1.866
Performa Nord	-	0	0	0	0
fidatas Bremen	-	-	0	0	0
Summe	17.873	18.117	19.931	19.114	25.388

*= Abdeckung der aufgelaufenen Verluste zur Auflösung des Eigenbetriebes



Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

- Zentralkrankenhaus
St.- Jürgen- Straße**
- Zentralkrankenhaus
Bremen- Ost**
- Zentralkrankenhaus
Bremen- Nord**
- Zentralkrankenhaus
Links der Weser**
- Werkstatt Bremen**

Rechtsstellung der Krankenhausbetriebe

Nach dem Ortsgesetz über den Betrieb der kommunalen Krankenhäuser in der Stadtgemeinde Bremen - Krankenhausbetriebsgesetz (KHBG) - bilden die vier Zentralkrankenhäuser als Eigenbetriebe der Freien Hansestadt Bremen ab 1. Januar 1987 jeweils ein Sondervermögen der Stadtgemeinde nach § 26 Abs. 2 LHO. Sie werden als nicht rechtsfähige Betriebe organisatorisch und wirtschaftlich selbstständig geführt und handeln im Rahmen ihrer Aufgabenbereiche mit unmittelbarer Wirkung für und gegen die Stadtgemeinde Bremen.

Die Zentralkrankenhäuser haben den Status der Gemeinnützigkeit (§ 2 KHBG) und werden durch die jeweilige Direktion (Verwaltungsdirektor/in, Ärztliche(r) Direktor/in und Krankenpflegedirektor/in) selbstständig und eigenverantwortlich geleitet (§ 3 KHBG).

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales führt die Aufsicht über die Zentralkrankenhäuser (§ 9 KHBG). Der gemäß § 10 KHBG eingerichtete und als Ausschuss der Deputation für Gesundheit eingesetzte Krankenhausausschuss beschließt über wesentliche Angelegenheiten (§ 11 KHBG) der Krankenhausbetriebe (z. B. Bestellung und Abberufung der Mitglieder der Direktion, der Klinikleitungen, Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Direktion).

Die §§ 12 - 23 des KHBG enthalten eine Reihe von Vorschriften für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Krankenhäuser. Im Bereich der wirtschaftlichen Gesamtverantwortung sind die Direktionen verpflichtet, im Rahmen der Krankenhausfinanzierungsgesetzgebung (hier insbesondere das Bremische Krankenhausfinanzierungsgesetz und die Bundespflegesatzverordnung in den jeweils gültigen Fassungen), die Zentralkrankenhäuser so zu führen, dass die Leistungsfähigkeit gewährleistet wird und keine finanziellen Verluste entstehen.

Die Krankenhausbetriebe werden ab dem 1. Januar 2004 in der Rechtsform von gemeinnützigen Gesellschaften mit beschränkter Haftung geführt. Sie wurden unter dem Dach einer Holding (der Gesundheit Nord – Klinikverbund Bremen - gGmbH) zusammengefasst.





Zentralkrankenhaus
Sankt-Jürgen-Straße
„mehr als ein großes Krankenhaus“

Der Senator für Finanzen



Freie
Hansestadt
Bremen



Zentralkrankenhaus St.- Jürgen - Straße

Krankenhausbetrieb der Freien Hansestadt Bremen

Unternehmensgegenstand:

Das ZKH Sankt-Jürgen-Straße ist gem. § 1 des Krankenhausbetriebsgesetzes (KHBG) ein Sondervermögen der Stadtgemeinde Bremen. Zweck des Zweck des Betriebes ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens sowie die Herausbildung von Nachwuchs für die krankenpflegerischer Berufe. Als Lehrkrankenhaus der Universität Göttingen ist es zugleich für den Nachwuchs des ärztlichen Berufes mit verantwortlich.

Sitz des Eigenbetriebes:

St.- Jürgen- Straße 1, 28205 Bremen

Stammkapital:

44.993.686 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100%

Direktion:

Herr Walter Bremermann, Verwaltungsdirektor

Herr Prof. Dr. Wolfgang Arnold, Ärztlicher Direktor

Herr Hermann Küker, Krankenpflegedirektor





Krankenhausausschuss:
(Stand 31.12.2003)

Frau Senatorin Karin Röpke
Herr Staatsrat Dr. Arnold Knigge
Frau Ursula Arnold-Cramer
Frau Dr. Ursula Auerswald
Frau Inge Brinkmann
Herr Winfried Brumma
Herr Dr. Jürgen Grote
Herr Dr. Jörg Hermann
Frau Karoline Linnert
Frau Rita Mohr-Lüllmann (ab 3.7.2003)
Frau Karin Markus
Frau Brigitte Sauer (ab 3.7.2003)
Frau Helga Ziegert (ab 3.7.2003)
Herr Uwe Schmidt
Herr Lothar Schröder

Ressort:

Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	106.116	114.876	131.036	136.054	138.274
Umlaufvermögen	66.009	67.956	66.864	64.158	71.065
Sonstige Aktiva	1.326	1.051	1.443	1.594	1.661
RAP	74	64	75	81	121
Bilanzsumme	173.525	183.947	199.418	201.888	211.120

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	48.376	49.051	49.634	47.699	39.102
Sonderposten	90.843	98.991	114.015	118.246	120.471
Rückstellungen	11.578	11.916	11.544	12.283	18.305
Verbindlichkeiten	22.724	23.983	24.224	23.659	33.144
Sonstige Passiva	0	0	0	0	76
RAP	3	6	0	0	22
Bilanzsumme	173.525	183.947	199.418	201.888	211.120



Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	160.344	162.476	164.106	168.625	168.241
2 ertragswirksame Zuschüsse	600	488	445	492	1.915
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	77	-236	12	166	2.098
5 sonstige betriebliche Erträge	25.094	28.180	29.624	23.939	23.838
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	186.115	190.908	194.187	193.222	196.093
6 Material	32.495	33.396	35.463	38.112	38.321
7 bezogene Leistungen	10.046	10.396	10.952	10.354	10.176
8 Personalaufwand	120.017	120.856	123.500	129.717	137.091
9 Abschreibungen	8.202	8.448	8.337	7.954	8.807
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	15.405	18.010	15.880	17.717	18.978
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	186.165	191.106	194.132	203.853	213.373
III Betriebsergebnis (I-II)	-50	-198	55	-10.631	-17.281
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	78	208	-30	-49	-162
IV Finanzergebnis (11+12)	78	208	-30	-49	-162
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	29	10	25	-10.680	-17.442
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	0	8.751	8.852
14 Steuern	5	5	5	6	6
VI Jahresergebnis (V+13-14)	24	6	20	-1.934	-8.597

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

(Kinderzentrum)

	1999	2000	2001	2002	2003
	178.952 €	189.178 €	198.893 €	147.169 €	234.765 €

Beschäftigte (Volumen):

	2.432	2.416	2.421	2.461	2.435



Entwicklung des ZKH Sankt - Jürgen - Straße / die bauliche Geschichte

- 1849/1851 Allgemeines Krankenhaus mit chirurgischer und internistischer Abteilung, dazu Betten für Frauen-, Augen und Hautabteilung sowie eine Apotheke. Dazu ein Irrenhaus und ein Absonderungshaus (Pockenhaus), ein Oekonomiegebäude, ein Waschhaus und ein Direktorenhaus.
- 1888/1889 Neubau eines Chirurgischen Krankenhauses
- 1890 Einrichtung eines Hygienischen Institutes im ehemaligen Pockenhaus und einem Anbau
- 1899 Neubau Wöchnerinnenheim (gegründet von einem privaten Verein).
- 1900 Neubau Wirtschafts- und Desinfektionsgebäude, auch Mädchenhaus
- 1904/1906 Nach Auszug des Irrenhauses Umbau des Gebäudes zur Augen- und Frauenklinik
- 1907 Neubau Scharlachhaus, später Strahlenhaus, Frauenklinik.
Neubau Re却onvaleszentenhaus (Nachsorgestation Scharlachhaus).
- 1908 Einrichtung einer Röntgenabteilung im Chirurgischen Krankenhaus
- 1910/1912 Neubau Schwesternhaus (heute Institut für Chinesische Medizin)
- 1912/1913 Neubau Pathologisches Institut
- 1914/1915 Erweiterungsbau Frauenklinik
- 1914 Neubau Isolierhaus III, heute Station 1 der Kinderklinik
- 1924 Einrichtung eines Centralinstitutes für Röntgen- und Lichtheilkunde
- 1926/1929 Neubau Medizinische
- 1928/1929 Neubau Verwaltungsgebäude I und Fernheizwerk
- 1929/1936 Neubau Kinderklinik (lange Bauzeit wegen der Weltwirtschaftskrise)
- 1931 Neubau Zentralküche
- 1951/1954 Neubau Schwesternhaus I
- 1956 Neubau Infektionsabteilung der Kinderklinik
- 1957 Neubau Wäscherei
- 1960/1961 Neubau des Personalwohnheimes IV





- 1959/1963 Neubau Chirurgisches Zentralgebäude
- 1963/1965 Umbau des alten Chirurgischen Krankenhauses zur Urologie und Augenklinik.
- 1963/1965 Neubau einer Krankenhauskirche (St. Jürgen-Kapelle)
- 1964/1966 Neubau einer Infektionsabteilung der Medizinischen Klinik
- 1968/1972 Neubau Hygiene-Institut sowie Apotheke und Blutbank
- 1970/1975 Neubau Zentralröntgen-Institut mit Strahlenklinik und Nuklearmedizin
- 1971/1974 Neubau HNO-Klinik und Kinderchirurgie
- 1977/1978 Neubau Kinderzentrum
- 1981/1982 Neubau einer Intensivstation der Medizinischen Klinik
- 1981/1986 Neubau Frauenklinik
- 1990 Neubau Magnet-Resonanz-Diagnostik (KernSpin)
- 1994/1995 Neubau und Einrichtung einer interdisziplinären Intensiveinheit im Chirurgischen Zentralgebäude
- 1999/2001 Neubau des Zentral-OP mit Aufnahme
- 1999/2001 Teilsanierung und Renovierung des alten Hauptgebäudes von 1851 (Alte HNO). Einrichtung einer Cafeteria und Büro- und Unterrichtsräume für die Krankenpflege- und Kinderkrankenpflegeschule
- 2000 Sanierung der OP-Trakte der Urologie und der Augenklinik
- 2001/2003 Neubau eines Gebäudes für die Kinderklinik (Einweihung 14.11.2003)



Medizinische Fachrichtungen und Bettenkapazität

Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße

Kliniken	Betten	Institute/ Sonstige Dienste
Innere Medizin	236	Zentralapotheke
Klinik für Allgemein- und Gefäßchirurgie	110	Institut für Klinische Pharmakologie
Unfallchirurgie	78	Institut für Laboratoriumsmedizin
Klinik für Plastische und Handchirurgie	29	Institut für Pathologie
MKG - Chirurgie	36	Institut für Rechtsmedizin
Neurochirurgie	65	Sozialpädiatrisches Institut/ Kinderzentrum
Gynäkologie / Geburtshilfe	82	Zentraler Psychologischer Dienst
Kinderklinik	85	Institut für Allgemein-, Krankenhaus- und Umwelthygiene
Kinderklinik Intensiv	20	
Kinderchirurgische Klinik	46	
HNO - Heilkunde	75	Ausbildungsstätten
Urologische Klinik	65	Krankenpflegeschule
Augenheilkunde	23	Kinderkrankenpflegeschule
Hautklinik	36	Innerbetriebliche Fort- und Weiterbildung
Intensivmedizin	2	Schule für technische AssistInnen in der Medizin
Gynäkologische Tagesklinik	8	
Hämatologisch-onkologische		
Tagesklinik	17	
Gastroenterologische Tagesklinik	12	
Hautklinik Tagesklinik	10	
Kinderklinik Tagesklinik	20	
Tagesklinik Dialyse	8	
Betten insgesamt	1.090	





Geschäftsverlauf

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen haben sich im Berichtsjahr zum Teil erheblich verändert und werfen Schatten auf die zukünftige Entwicklung. Die sukzessive Einführung von Fallpauschalen (DRG) ab 2003 wird für die stationäre Krankenversorgung weitreichende Folgen haben. Das Preis-Leistungs-Verhältnis eines Krankenhauses und die Fähigkeit, konkurrenzfähige Strukturen aufzubauen, werden zu entscheidenden Wettbewerbsparametern.

Das deutsche DRG-System als ein umfassendes Fallpauschalensystem soll vollständige Transparenz schaffen, die einen bisher nicht bekannten Vergleich in der Patientenstruktur, in der Behandlungsintensität und -qualität ermöglicht. Das Jahr 2003 war durch die Diskussion über die erstmalige Kalkulation für deutsche Relativgewichte und die Folgen für die Finanzierung der Krankenhäuser geprägt.

Ergänzend zur Einführung des DRG - Systems werden externe und interne Qualitäts sicherungsmaßnahmen, z. B. nach dem Zertifizierungsverfahren für Krankenhäuser KTQ (Kooperation für Transparenz und Qualität im Krankenhaus), eingeführt. Zertifizierungen werden als Folge des zunehmenden Wettbewerbs eine existenzielle Bedeutung erhalten und bei fehlenden Maßnahmen zur Qualitätssicherung drohen Budgetkürzungen.

Entscheidende Veränderungen sind auch durch die Umsetzung der Integrierten Versorgung nach § 140 a SGB V zu erwarten, durch die eine Auflösung der Grenzen zwischen dem ambulanten und dem stationären Sektor beabsichtigt ist. Verträge zur „Integrierten Versorgung“ bilden eine sektorenübergreifende Behandlungskette zwischen mehreren Leistungserbringern ab, für deren Finanzierung eine gesonderte Anschubfinanzierung durch die Kürzung von bis zu 1 % der Krankenhausbudgets vorgesehen ist. Parallel dazu werden im Rahmen von Disease - Management - Programmen neue Versorgungsstrukturen etabliert.

Auch für 2003 hat sich als Folge des Gesetzes der Beitragssatzstabilität wiederum die Schere zwischen Aufwandsentwicklung und Ertragssituation geöffnet, die sich aus der tariflichen Steigerung der Personalkosten und der weit darunter liegenden Budgetsteigerungsrate ergibt. Die daraus resultierende Deckungslücke war wie in den Vorjahren durch Sparmaßnahmen zu schließen. Verschärft hat sich diese Problematik noch durch die zusätzlich zu leistenden Zahlungen für die Zusatzversorgung (VBL).

Die Erträge außerhalb des Budgets nach § 115 b für ambulantes Operieren konnten gesteigert werden.



Ausblick auf das Geschäftsjahr 2004

Für das Jahresergebnis 2004 wird das ZKH trotz der eingeleiteten Sparmaßnahmen kein ausgeglichenes Betriebsergebnis erreichen können. Vorbehaltlich der noch ausstehenden Budgetvereinbarung für 2004 wird von einem Verlust von rd. 1,4 Mio. Euro ausgegangen. Perspektiven für die Zukunft ergeben sich durch die Bündelung der Kräfte der vier Krankenhäuser unter dem Dach der Holding Gesundheit Nord gGmbH, deren Aufgabe es ist, eine finanzielle Konsolidierung durch die Umsetzung verschiedener Maßnahmen zu erreichen, wie z. B. einen zentralisierten Einkauf, eine einheitliche IT - Basis, die Erbringung von Reinigungsleistungen durch die „Klinikservice St. – Jürgen – Straße GmbH“ sowie die Zentralisierung der Pathologie.



Zentralkrankenhaus Bremen- Ost

Krankenhausbetrieb der Freien Hansestadt Bremen

Unternehmensgegenstand:

Das ZKH Bremen Ost ist gem. § 1 ist gem. § 1 des Krankenhausbetriebsgesetzes (KHBG) ein Sondervermögen der Stadtgemeinde Bremen. Zweck des Betriebes ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens sowie die Herausbildung von Nachwuchs für die krankenpflegerischen Berufe. Als Lehrkrankenhaus der Universität Göttingen ist es zugleich für den Nachwuchs des ärztlichen Berufes mit verantwortlich.

Sitz des Eigenbetriebes:

Züricher Str. 40, 28325 Bremen

Stammkapital:

8.533.807 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100%

Direktion:

Herr Claus Arnold Thielbar, Verwaltungsdirektor
Herr Dr. Hans Haack, Ärztlicher Direktor
Frau Birgit Hilmer, Krankenpflegedirektorin

Krankenhausausschuss:

(Stand 31.12.2003)

Frau Senatorin Karin Röpke
Herr Staatsrat Dr. Arnold Knigge
Frau Ursula Arnold-Cramer
Frau Dr. Ursula Auerswald
Frau Inge Brinkmann
Herr Winfried Brumma
Herr Dr. Jürgen Grote
Herr Dr. Jörg Hermann
Frau Karoline Linnert
Frau Rita Mohr-Lüllmann (ab 3.7.2003)
Frau Karin Markus
Frau Brigitte Sauer (ab 3.7.2003)
Frau Helga Ziegert (ab 3.7.2003)
Herr Uwe Schmidt
Herr Lothar Schröder

Ressort:

Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	57.434	57.077	56.201	59.870	61.714
Umlaufvermögen	27.803	26.460	36.275	37.924	55.053
Sonstige Aktiva	6.315	6.404	257	478	934
RAP	77	82	51	53	46
Bilanzsumme	91.629	90.024	92.785	98.325	117.748

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	22.110	22.190	22.209	21.739	13.588
Sonderposten	48.415	47.975	47.534	50.152	52.134
Rückstellungen	10.908	10.395	9.297	6.298	11.345
Verbindlichkeiten	10.195	9.462	13.723	20.121	40.080
Sonstige Passiva	0	0	0	0	600
RAP	0	3	21	15	0
Bilanzsumme	91.629	90.024	92.785	98.325	117.748



Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	185.322	190.456	99.726	101.281	103.504
2 ertragswirksame Zuschüsse	153	154	571	605	431
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen			0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	-17	0	0	24	1.317
5 sonstige betriebliche Erträge	13.461	12.125	7.363	5.147	4.821
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	198.920	202.735	107.660	107.056	110.074
6 Material	11.306	11.839	12.533	12.706	13.383
7 bezogene Leistungen	1.924	2.159	2.496	2.684	2.697
8 Personalaufwand	76.302	78.199	80.673	83.796	90.584
9 Abschreibungen	5.088	5.380	5.010	5.424	5.513
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	13.892	12.100	7.170	7.749	9.437
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	108.512	109.676	107.881	112.361	121.614
III Betriebsergebnis (I-II)	90.408	93.059	-221	-5.305	-11.541
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	205	215	250	44	-358
IV Finanzergebnis (11+12)	205	215	250	44	-358
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	90.613	93.274	28	-5.260	-11.899
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	0	4.802	3.759
14 Steuern	11	11	11	11	11
VI Jahresergebnis (V+13-14)	90.603	81	17	-469	-8.151

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

1999	2000	2001	2002	2003
0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

1.622	1.620	1.619	1.599	1.592
-------	-------	-------	-------	-------

Historie

- 1900 Baubeginn der Nervenklinik „St.-Jürgen-Asyl“, Vorläuferin der Psychiatrie in Bremen - Ost
1. April 1904 Inbetriebnahme der Klinik mit 300 Betten
- Bis 1914 Ausbau des Patientenbestands auf 633
- Bis 1939 Der Patientenbestand wuchs bis auf 968 Kranke
- Nach 1945 Zusätzliche Disziplinen wie Neurologie, Neurochirurgie, Neurophysiologie und Psychotherapie wurden eingerichtet.
- Bis 1965 Aufbau zusätzlicher Abteilungen in Horn mit 110 Betten, in Oberneuland mit 89 Betten, in St. Magnus mit 18 Betten und in Blankenburg bei Oldenburg mit 350 Betten
- 1970 Beschluss der Bürgerschaft zur Reform der psychiatrischen Versorgung und Planung eines Neubaus
- 1977 Inbetriebnahme des Neubaus auf dem Gelände der Nervenklinik und Integration des Sebaldsbrücker Krankenhauses mit den Abteilungen Innere Medizin und der Chirurgie als Zentralkrankenhaus Bremen - Ost.
- Bis 1988 Es wurden die Außenstellen Horn, Oberneuland, St. Magnus und Blankenburg aufgegeben.
- 1988 In diesem Jahr wurde die Klinik Holdheim mit den Disziplinen Lungenmedizin und Thoraxchirurgie integriert.
- Okt. 1996 Inbetriebnahme der Klinik für Geriatrie mit 16 vollstationären und 5 teilstationären Betten.
- Nov. 1998 Die Station Frührehabilitation der Neurologie nimmt den Betrieb mit 14 Betten auf.
- Nov. 1999 Die Abteilung für Physikalische und Rehabilitative Medizin (PRM) wird unter dem Leitenden Arzt, Herrn Dr. Siegert zur selbständigen Organisationseinheit.
- Febr. 2000 Für Schlaganfallpatienten wird die Station Stroke Unit mit 7 Betten eröffnet.
- April 2000 Der Neubau der Forensik wird in Betrieb genommen und baut die Forensik auf 64 Betten aus.
- August 2001 Die erste Kältekammer Bremens wird im Bereich PRM in Betrieb genommen.



Zentralkrankenhaus Bremen - Ost**Medizinische Fachrichtungen und Bettenkapazität**

Kliniken und Abteilungen	Betten
Psychiatrie	
Psychiatrie	472
Psychosomatik	18
Kinder- und Jugendpsychiatrie	47
Summe Psychiatrie	537
Somatik	
Lungenmedizin	133
Innere Medizin	106
Geriatrie	43
Allgemeine Unfallchirurgie	77
Thoraxchirurgie	37
Neurologie	135
Intensivpflege	25
Summe Somatik	556
Nicht geförderter Bereich	
Pflegefälle	10
Entwöhnung	19
Forensik	73
Summe nicht geförderter Bereich	102
Anzahl der Betten insgesamt	1.195

Geschäftsverlauf

Der Wiederaufbau des neuen Hauses im Park wurde begonnen und steht zwischenzeitig kurz vor der Fertigstellung.

Die Einführung der DRG - Abrechnung brachte neben deutlichem Mehraufwand in der Verwaltung auch eine enorme Verschlechterung der Liquidität mit sich. Die Abarbeitung des Abrechnungsstaus konnte im Jahresverlauf jedoch vorangebracht werden. Dennoch zeigt sich ein erhöhter Zinsaufwand als Ausdruck dieses Liquiditätsengpasses.

Bei der Belegung sorgten die DRG erwartungsgemäß für eine zum Teil recht deutliche Verweildauerreduzierung unter anderem in der Pneumologie und der Thoraxchirurgie. Insbesondere in letzterer Klinik sind auch weitere Ursachen hierfür im Chefarztwechsel sowie in geänderten Behandlungsverfahren zu sehen. Gleichzeitig stiegen die Fallzahlen, z. B. in der Inneren Medizin und der Neurologie, aufgrund stärkerer Nachfrage an.

Zur Erreichung des Wirtschaftsplans trotz der Finanzierungslücke zwischen Personal- und Budgetsteigerung (BAT-Schere) hat die Direktion wiederum die Budgets der Kliniken gekürzt. Die Personalbudgets der Kliniken wurden auf dem Januar-Stand eingefroren und mit einer allgemeinen Kürzung belegt, außerdem musste ein Einstellungsstopp und eine Wiederbesetzungssperre verhängt werden. Dadurch konnten Personalbestand und Personalkosten im Jahresverlauf deutlich reduziert werden.

Zum Jahresende übernimmt die Klinikum Bremen-Ost gGmbH den Betrieb als Bestandteil der Gesundheit Nord gGmbH, die als Holding den vier ehemaligen Zentralkrankenhäusern Bremens vorsteht.

Mit dem Umzug der Stationen des Behandlungszentrums Nord im Mai konnte ein weiterer Schritt der Regionalisierung umgesetzt werden. Diese Stationen wurden bis zum Jahresende weiterhin vom Zentralkrankenhaus Bremen Ost betrieben und gingen anschließend in den Betrieb des Zentralkrankenhauses Bremen Nord (jetzt Klinikum Bremen-Nord) über. Gemäß den Zielen der Regionalisierung konnte der Standort Sebaldsbrück nach dem Umzug der letzten Stationen geschlossen werden.

Im Gegenzug wurde die Krankenpflegeschule Bremen Nord per Dezember aufgenommen und in das PflegekompetenzCentrum integriert. Nach langwierigen Verhandlungen über die Integration des Sozialpsychiatrischen Dienstes, konnte dieser zum 1. Oktober durch das Zentralkrankenhaus Bremen Ost übernommen werden.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2004

Der negative Finanzierungstrend zwischen Personalkosten- und Erlösentwicklung (BAT-Schere) setzt sich aufgrund der vorgegebenen Budgetsteigerungsrate für 2004 in Höhe von 0,02 % weiter fort. Verschärfend kommen weitere Erlösabzüge der Krankenkassen im Zusammenhang mit der Integrierten Versorgung hinzu.

Die Verhandlungen mit den Kostenträgern über die Budgets 2004 konnten bisher nur mit dem Senator für Soziales für den Bereich Forensik und Nichtbehandlungsfälle abgeschlossen werden. Mit den Krankenkassen gibt es nach Vorverhandlungen noch kein verbindliches Ergebnis, so dass die Erlössituation 2004 mit großer Unsicherheit behaftet ist. Die Inbetriebnahme der Station 81 als letzte Ausbaustufe der Geriatrie im April musste als Vorleistung des Klinikums Bremen-Ost erfolgen, da die Krankenkassen zu Vorgesprächen zu diesem Thema nicht bereit waren. Weitere Risiken bestehen in der Höhe des für stationsersetzende Maßnahmen vorzunehmenden Budgetabzuges.

Der Wirtschaftsplan des Jahres 2004 sieht ein Jahresergebnis von - 408 TEURO vor, das durch den Budgetabschluss noch stark beeinflusst werden kann. Darin sind bereits Budgetkürzungen im Personalkostenbereich in Höhe von 9 % berücksichtigt. Weitere Maßnahmen zur Kosten-



reduzierung sind eingeleitet. Mit der Einrichtung einer interdisziplinären Aufnahmestation im Mai 2004 wurden organisatorische Veränderungen geschaffen, die die Personalkürzungen kompensieren sollen. Mit externer Unterstützung und Unterstützung durch den Klinikverbund soll die Zinsbelastung aufgrund der hohen Abrechnungsrückstände weitgehend reduziert werden. Angestrebt wird hier, die Rechnungsstellung bis zum 7. Tag nach der Entlassung vorzunehmen und die nicht abgerechneten Leistungen auf einen Monatsumsatz zu reduzieren. Stärkere Einkaufskooperation im Rahmen des Klinikverbundes und die Erbringung von Reinigungsleistungen durch eine gemeinsame Tochtergesellschaft sollen ebenfalls zu Kostenreduzierungen beitragen. Die Auswirkungen von Umstrukturierungsmaßnahmen aufgrund der neuen gemeinsamen Ausrichtung der Häuser des Klinikverbundes sind noch nicht näher zu beziffern, können aber ebenfalls das Jahresergebnis 2004 noch beeinflussen.



Zentralkrankenhaus Bremen- Nord

Krankenhausbetrieb der Freien Hansestadt Bremen

Unternehmensgegenstand:

Behandlung von stationären und ambulanten Patienten
auf der Basis des Versorgungsauftrages des Landes Bremen
als Gesundheitszentrum der Region

Sitz des Eigenbetriebes:

Hammersbecker Straße 228, 28755 Bremen

Stammkapital:

10.096.415 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100%

Direktion:

Herr Uwe Schmidt, Verwaltungsdirektor
Frau Anette Weinert, Krankenpflegedirektorin
Herr Dr. Aldrich Kalähne, Ärztlicher Direktor





Krankenhausausschuss:
(Stand 31.12.2003)

Frau Senatorin Karin Röpke
Herr Staatsrat Dr. Arnold Knigge
Frau Ursula Arnold-Cramer
Frau Dr. Ursula Auerswald
Frau Inge Brinkmann
Herr Winfried Brumma
Herr Dr. Jürgen Grote
Herr Dr. Jörg Hermann
Frau Karoline Linnert
Frau Rita Mohr-Lüllmann (ab 3.7.2003)
Frau Karin Markus
Frau Brigitte Sauer (ab 3.7.2003)
Frau Helga Ziegert (ab 3.7.2003)
Herr Uwe Schmidt
Herr Lothar Schröder

Ressort:

Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	49.072	50.847	53.818	58.573	59.001
Umlaufvermögen	30.521	33.624	34.170	26.579	43.710
Sonstige Aktiva	0	0	159	171	64
RAP	93	52	124	137	197
Bilanzsumme	79.686	84.523	88.270	85.460	102.973

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	14.226	14.231	14.235	12.884	20.162
Sonderposten	46.546	48.484	51.459	54.377	52.565
Rückstellungen	10.246	10.953	10.943	8.091	11.275
Verbindlichkeiten	8.649	10.826	11.624	10.107	18.971
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	19	30	10	0	0
Bilanzsumme	79.686	84.523	88.270	85.460	102.973



Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	55.826	56.779	57.325	57.754	57.517
2 ertragswirksame Zuschüsse	155	139	146	105	83
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	0	0	0	0	952
5 sonstige betriebliche Erträge	10.705	11.931	9.461	3.884	1.915
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	66.687	68.849	66.932	61.743	60.467
6 Material	7.832	8.198	8.380	9.062	9.541
7 bezogene Leistungen	2.961	3.203	3.461	3.730	3.869
8 Personalaufwand	39.571	40.077	40.711	41.946	43.099
9 Abschreibungen	3.236	2.904	2.933	3.123	3.280
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	13.288	14.720	11.621	8.255	11.453
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	66.890	69.102	67.106	66.115	71.244
III Betriebsergebnis (I-II)	-203	-253	-174	-4.372	-10.776
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	207	259	179	-56	-195
IV Finanzergebnis (11+12)	207	259	179	-56	-195
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	4	6	5	-4.428	-10.972
13 ausserordentliches Ergebnis	-2	-2	0	3.080	3.252
14 Steuern	0	0	2	3	2
VI Jahresergebnis (V+13-14)	3	5	4	-1.350	-7.722

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

	1999	2000	2001	2002	2003
0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

811	802	802	805	796
-----	-----	-----	-----	-----



Historische Grunddaten

- 1887 Das Krankenhaus „Hartmannstift“, gestiftet der Stadt Vegesack von Wilhelm Hartmann, wird eingeweiht.
- 1908 Eröffnung des Kreiskrankenhauses Blumenthal mit 68 Betten.
- 1912 Das Isolierhaus (heute: Pathologisches Institut) wird seiner Bestimmung übergeben.
Zur gleichen Zeit wird das alte Wohnhaus (heute: Krankenpflegeschule) als Tuberkulose-Genesungsheim in Betrieb genommen. Damit erreicht das Kreiskrankenhaus eine Größe von 140 Betten (96 im Hauptgebäude, 20 Betten für Infektionskrankheiten und 24 Betten im Tuberkuloseheim).
- Im 1. Weltkrieg dient das Kreiskrankenhaus als Reservelazarett.
- 1932 verliert Blumenthal im Zuge einer Kreisreform seinen Kreissitz und das Krankenhaus erhält die Bezeichnung „Kreiskrankenhaus Osterholz „.
- 1939 Erweiterungsbau des Westflügels. Durch die Eingemeindung des ehemaligen Kreises Blumenthal in das Land Bremen wird das Haus den Städtischen Krankenanstalten Bremens angegliedert („Städtisches Krankenhaus Bremen-Blumenthal“).
- Im 2. Weltkrieg wird das Krankenhaus als Reservelazarett genutzt. Die Zivilbevölkerung wird im Hartmannstift oder anderen Bremer Kliniken versorgt.
- 1948 Beginn der Renovierung des Krankenhauses und des Erweiterungsbau des Ostflügels am Hauptgebäude.
- 1951 Eröffnung der Kinderklinik. Jetzt verfügt das Krankenhaus über insgesamt 330 Betten (150 Chirurgie, 100 Innere und 80 Pädiatrie).
- 1961 Das Hartmannstift, bis dahin ein Allgemeinkrankenhaus, nimmt die Frauenklinik auf.
Gleichzeitig verliert es seine Selbständigkeit und wird dem Zentralkrankenhaus Bremen-Nord angegliedert. Der Neubau der Inneren Medizin mit 212 Betten wird seiner Bestimmung übergeben. - Im ursprünglichen Gebäude wird die Chirurgische Klinik mit 220 Betten eingerichtet.
- 1968 werden die Gebäude der neuen Kinderklinik und das Institut für Röntgendiagnostik und Strahlentherapie ihrer Bestimmung übergeben. Das Zentralkrankenhaus verfügt nun über 718 Krankenbetten (Chirurgische Klinik: 220 Betten - Med.-Klinik: 212 Betten - Kinderklinik: 156 Betten - Frauenklinik: 130 Betten)
- 1978 Einweihung des Betriebsgebäudes mit 2 Krankenstationen von je 34 Betten. Eingliederung des Klinikbereichs Hohehorst.
- 1979 Fertigstellung der OP-Erweiterung auf 5 aseptische OP-Säle.



- 1984 Einweihung der Anästhesie-Intensivstation mit 15 8etten und Teilung der Chirurgischen Klinik in die beiden Bereiche Allgemein- und Gefäßchirurgie sowie Unfallchirurgie.
- 1986 Teilsanierung 1. Abschnitt der Chirurgischen Klinik wird abgeschlossen.
- 1987 Wirtschaftliche Selbständigkeit des Krankenhauses Bremen-Nord als Eigenbetrieb
- 1988 Einweihung der neuen Frauenklinik auf dem Gelände des Zentralkrankenhauses (Auflösung des „Hartmannstifts“) und OP-Erweiterung auf 7 aseptische OP-Säle
- 1995 Eröffnung der neuen Klinik für Medizinische Geriatrie und Rehabilitation mit Tagesklinik und Abschluss Teilsanierung 2. Abschnitt der Chirurgischen Klinik
- 1996 Eröffnung des Zentrums für Ambulantes und Kurzstationäres Operieren (AKO) und Beginn des 1. Bauabschnitts Sanierung der Chirurgischen Klinik.
- 1997 Beginn der Modernisierung der Stationen des Klinikums für Innere Medizin.
- 1998 Fertigstellung des 1. und 2. Bauabschnitts der Sanierung der Ambulanz und des Eingangsbereichs der Chirurgischen Klinik.
- 1999 Modernisierung der neonatologischen Intensivstation (Kinderklinik). Einrichtung onkologischer Tageskliniken in der Inneren Medizin und der Gynäkologie sowie diabetologischer und gastroenterologischer Tageskliniken
- 2000 Abschluss der Sanierung des Klinikums für Innere Medizin - Eröffnung einer Praxis für Magnet-Resonanz-Tomographie am ZKH Bremen-Nord
- 2001 Baubeginn für die Errichtung einer psychiatrischen Station am ZKH Bremen-Nord und für das Psychiatrische Zentrum in Bremen Vegesack
- 2002 Erstellung eines Praxisgebäudes mit diversen Praxen sowie operativer Tagesklinik verbunden mit Erneuerung der Stationen der Frauenklinik sowie Errichtung der Elternschule
- 2003 Schaffung eines Zentrums für Diagnostik im Klinikum für Innere Medizin
Bau eines Parkplatzes mit ca. 250 Plätzen
Schaffung einer Verteilküche
Eröffnung des psychiatrischen Behandlungszentrums Nord in Vegesack
Beginn der Schaffung einer integrierten, fachübergreifenden Intensivstation inkl. OP-Umbau





Zentralkrankenhaus Bremen - Nord
Medizinische Fachrichtungen und Bettenkapazität

Kliniken und Abteilungen	Betten
Klinikum für Innere Medizin	
Vollstationär	189
Tagesklinik Innere Medizin Gastroenterologie	2
Tagesklinik Innere Medizin Onkologie	2
Tagesklinik Innere Medizin Diabetologie	4
Klinik für medizinische Geriatrie	60
Tagesklinik Geriatrie	20
Klinik für Kinder- und Jugendmedizin	49
Endokrinologie	1
Allgemein-, Gefäß- und Visceralchirurgie	80
Unfall- und Wiederherstellungschirurgie	65
Frauenklinik	58
Tagesklinik Frauenklinik Onkologie	2
Anästhesiologische Intensivmedizin	15
Anzahl der Betten/Plätze insgesamt	547



Geschäftsverlauf

In den Budgetverhandlungen für 2003 konnte die vom Bundesgesundheitsministerium festgelegte Steigerungsrate von maximal 0,81 % nicht in voller Höhe vereinbart werden. Die bremischen Krankenkassen boten generell nur 0,41 % Budgeterhöhung an, waren aber bereit, die Steigerungsrate von 0,2 % zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu gewähren. Das Verhandlungsangebot der Kassenvertreter beinhaltete darüber hinaus eine günstigere Ausgleichsregelung für Leistungsüberschreitungen in den onkologischen Tageskliniken und einen Verzicht auf Budgetabschläge wegen geringerer Auslastung im geburtshilflichen und intensivmedizinischen Bereich. Nach eingehender Abwägung der Erfolgsaussichten entschloss sich die Direktion, auf ein Schiedsstellenverfahren zu verzichten und das Angebot der Kassenseite zu akzeptieren.

Da aber für die Personalkosten eine Steigerungsrate von insgesamt rd. 2,7 % (Tarifabschluss und Lohnnebenkosten) veranschlagt werden musste und die Kostensteigerungen im Sachmittelbereich teilweise erheblich über 1 % (z. B. ca. 4 % bei Fremdreinigung) lagen, war die Situation im Wirtschaftsjahr 2003 denkbar ungünstig. Hinzu kamen spezielle Kostenerhöhungen durch Leistungsausweitungen im Bereich medizinischer Bedarf, insbesondere bei Zytostatika und Endoprothesen. Das Personalkostenbudget konnte durch die weitestgehende Umsetzung der Einsparvorgabe von 33,5 Vollkräften eingehalten werden. Der Jahresfehlbetrag bzw. der Bilanzverlust resultiert aus den Planüberschreitungen im Sachkostenbereich (u. a. bei Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen) und aus der Erhöhung von Rückstellungen. Gleichzeitig konnten wegen eines merklichen Belegungsrückgangs im vollstationären Bereich die geplanten Erlöse nicht in voller Höhe realisiert werden.

Die unbefriedigenden, im Grunde leistungsfeindlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen der vergangenen Jahre haben sich leider auch im Wirtschaftsjahr 2003 fortgesetzt. Deshalb war es zwingend, dass wir die Herausforderung des optionalen Umstiegs auf das neue vollpauschalierte Abrechnungssystem (DRG) annahmen. Dies ist uns als Gesamtanstrengung aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Hauses gelungen. Ab Oktober 2003 rechnen wir unsere Leistungen nach dem neuen Krankenhausentgeltgesetz ab und haben außerdem parallel den Datenträgeraustausch mit allen Krankenkassen realisiert.

Trotz aller Anstrengungen und Personalreduzierungen in 2003 wurde, allerdings auch wesentlich bedingt durch die Überführung in die neue Rechtsform als „Klinikum Bremen-Nord

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2004

Die Rahmenbedingungen für die Krankenhäuser für das Wirtschaftsjahr 2004 sind weiterhin restriktiv. Nach entsprechender Vorgabe durch bundesgesetzliche Regelungen ist die Veränderungsrate für das Jahr 2004 mit plus 0,02 % anzusetzen. Die erwartete Kostenentwicklung, insbesondere die der Personalkosten, wird deutlich oberhalb dieser Marge liegen.



Budgetrisiken gibt es insbesondere durch die Ankündigung der Krankenkassen, deutliche Budgetreduzierungen aufgrund der Möglichkeiten des § 115b SGB V (Ambulantes Operieren und stationsersetzende Maßnahmen) durchzuführen.

Des Weiteren ist unsicher, ob der gesetzlich vorgesehene BAT-Ausgleich gemäß § 6 Abs. 3 BPfIV erreicht werden kann.

Die Budgetverhandlungen für das Jahr 2004 sind zum Berichtszeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Problematisch ist neben der Höhe des Budgets für 2004 auch die zugehörige Leistungsplanung (Casemix-Punkte) und die daraus resultierende Baserate.

Trotz aller Anstrengungen und Personalreduzierungen in 2003 wurde, allerdings auch bedingt durch die Überführung in die neue Rechtsform als Klinikum Bremen-Nord gGmbH (erstmalige Bildung von Pensionsrückstellungen, Rückstellungen für Strukturmaßnahmen usw.), ein negatives Jahresergebnis von TEUR 7.722 erwirtschaftet.

Für 2004 besteht die Vorgabe, einen Gewinn von TEUR 34 zu erwirtschaften. Hierzu ist allerdings die Umsetzung diverser Maßnahmen erforderlich, die im Jahre 2003 in den Businessplan für die Gründung der gGmbH eingearbeitet wurden. Deren Wirksamkeit kann allerdings nicht mehr für das Gesamtjahr 2004 erreicht werden.

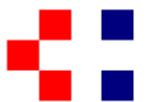
Die Strukturverbesserungen (z. B. Schaffung einer interdisziplinären Aufnahme, Zusammenlegung kleiner Stationen der Kinderklinik usw.) sollen durch dann mögliche Personaleinsparungen die Erreichung des Plan-Jahresergebnisses ermöglichen.

Insbesondere durch die im BAT-Bereich nicht realisierte Senkung der Urlaubs- und Weihnachtsgeldzahlungen bereits in 2004 wird die Erreichung der Sparziele erschwert.

Des Weiteren ist das wirtschaftliche Ergebnis in 2004 durch die Einführung der Praxisgebühr, die zu einer Senkung der Inanspruchnahme der Notfallambulanzen geführt hat, erheblich belastet. Gleiches gilt für die reduzierten Erlösmöglichkeiten bei den Zimmerwahlleistungen, bedingt durch Verweittdauerverkürzungen und eine restriktive Genehmigungspraxis der PKV.

Trotz dieser restriktiven Rahmbedingungen und der aus tariflichen Gründen kaum vorhandenen Möglichkeit der Personalreduzierung ist es vorrangiges Ziel der Geschäftsführung, das Planergebnis von TEUR 34 für 2004 zu erreichen. Ob dies im vollen Umfang gelingt, ist noch nicht abzusehen. Allerdings wird in jedem Fall eine deutliche Absenkung des Verlustes, auch gegenüber dem Jahr 2002, erfolgen.

Ein ausgeglichenes Betriebsergebnis ist Voraussetzung, um der Geschäftsführung wieder die Bewegungsfreiheit im finanziellen Bereich zu ermöglichen, um so auf die sich ständig veränderten Anforderungen zu reagieren.



Zentralkrankenhaus Links der Weser

Krankenhausbetrieb der Freien Hansestadt Bremen

Unternehmensgegenstand:

Das ZKH Links der Weser ist gem. § 1 ist gem. § 1 des Krankenhausbetriebsgesetzes (KHBG) ein Sondervermögen der Stadtgemeinde Bremen. Zweck des Betriebes ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Als Lehrkrankenhaus der Universität Göttingen ist es zugleich für den Nachwuchs des ärztlichen Berufes mit verantwortlich.

Sitz des Eigenbetriebes:

Senator-Wessling-Straße 1, 28277 Bremen

Stammkapital:

15.950.449 €

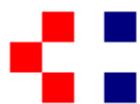
Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100,00%

Direktion:

Herr Dr. Peter Stremmel, Verwaltungsdirektor
Herr Prof. Dr. Gerald Klose, Ärztlicher Direktor
Frau Angela Dick, Krankenpflegedirektorin





Krankenhausausschuss:
(Stand 31.12.2003)

Frau Senatorin Karin Röpke
Herr Staatsrat Dr. Arnold Knigge
Frau Ursula Arnold-Cramer
Frau Dr. Ursula Auerswald
Frau Inge Brinkmann
Herr Winfried Brumma
Herr Dr. Jürgen Grote
Herr Dr. Jörg Hermann
Frau Karoline Linnert
Frau Rita Mohr-Lüllmann (ab 3.7.2003)
Frau Karin Markus
Frau Brigitte Sauer (ab 3.7.2003)
Frau Helga Ziegert (ab 3.7.2003)
Herr Uwe Schmidt
Herr Lothar Schröder

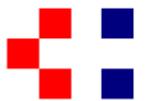
Ressort:

Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	32.849	34.611	43.703	50.931	50.829
Umlaufvermögen	61.540	65.918	62.293	57.777	61.080
Sonstige Aktiva	25	75	491	912	706
RAP	95	99	99	112	98
Bilanzsumme	94.509	100.704	106.586	109.732	112.713

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	33.845	36.275	38.745	39.641	40.144
Sonderposten	19.337	18.797	19.888	20.173	20.706
Rückstellungen	29.541	34.097	37.370	40.761	42.298
Verbindlichkeiten	11.761	11.525	10.578	9.154	9.559
Sonstige Passiva	12	0	0	0	0
RAP	12	10	6	3	6
Bilanzsumme	94.509	100.704	106.586	109.732	112.713



Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	74.119	75.379	77.453	80.390	82.377
2 ertragwirksame Zuschüsse	222	203	180	154	245
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	-86	-25	10	-15	-2
5 sonstige betriebliche Erträge	9.959	7.989	9.936	10.444	8.262
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	84.214	83.546	87.579	90.973	90.882
6 Material	15.325	15.378	15.345	14.384	15.150
7 bezogene Leistungen	5.154	5.681	6.219	10.446	11.770
8 Personalaufwand	45.173	46.622	50.513	53.252	54.329
9 Abschreibungen	3.144	3.051	2.979	3.804	3.828
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	14.990	12.127	11.898	11.154	8.080
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	83.786	82.860	86.955	93.040	93.158
III Betriebsergebnis (I-II)	427	686	624	-2.067	-2.276
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	987	1.744	1.845	1.086	777
IV Finanzergebnis (11+12)	987	1.744	1.845	1.086	777
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	1.415	2.430	2.469	-981	-1.499
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	0	1.879	2.002
14 Steuern	0	0	0	0	0
VI Jahresergebnis (V+13-14)	1.415	2.430	2.469	897	502

Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)

	1999	2000	2001	2002	2003
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

	1999	2000	2001	2002	2003
	930	932	947	965	975





ZKH Links der Weser

Historie

- 1968 Seit der Eröffnung im Jahre 1968 ist das ZKH Links der Weser ein Ausbildungskrankenhaus
- 1968 Es wurde ein Kooperationsvertrag mit der Kinderkrankenpflegeschule am ZKH St.-Jürgen-Straße geschlossen
- 1970 Bremens erste interdisziplinäre Intensivstation wurde im Hause in Betrieb genommen
- 1973 Bremens zweiter Notarztwagen wurde am ZKH Links der Weser stationiert
- 1974 Der Rettungshubschrauber Christoph 6 kam nach Bremen und wurde ebenfalls am ZKH Links der Weser stationiert
- 1976 Es wurde ein Kooperationsvertrag mit der Krankenpflegeschule am ZKH St.-Jürgen-Straße geschlossen
- 1977 Das ZKH Links der Weser wurde zum Akademischen Lehrkrankenhaus für die med. Universität Göttingen
- 1981 Das erste Herzkatheterlabor wurde in Betrieb genommen
- 1983 Die Herzchirurgie wurde im ZKH Links der Weser eröffnet. Am 8.8.1983 konnte die erste Operation mit der Herz-Lungen-Maschine durchgeführt werden.
- 2002 Der Neubau mit kardiologischer Praxis; Hotel, Fort- und Weiterbildungszentrum und ambulanter/teilstationärer Reha konnte eröffnet werden.
- 2002 Für die Palliativmedizin konnte eine eigene Station in einem gesonderten Gebäude am ZKH Links der Weser eingeweiht werden.
- 2003 Erste Kunstherzimplantation im ZKH Links der Weser

Zentralkrankenhaus Links der Weser

Medizinische Fachrichtungen und Bettenkapazität

Kliniken und Abteilungen	Betten
Allgemein- und Unfallchirurgie	90
Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie	58
Gynäkologie und Geburtshilfe	62
Innere Medizin	91
Kardiologie	56
Kinderkardiologie	6
Kinderhythmologie	1
Neonatologie / Kinderintensiv	8
Pädiatrie	45
Intensivmedizin (interdisziplinär)	31
Palliativmedizin	8
Stationäre Betten	441
Hämatologisch-onkologische Tagesklinik	6
Pädiatrische Tagesklinik	10
Anzahl der Betten insgesamt	457

Geschäftsverlauf

Die finanzielle Situation des Zentralkrankenhauses Links der Weser war in 2003 geprägt von der Krankenhausgesetzgebung und der finanziellen Lage der Kostenträger.

Für Krankenhäuser, die nicht sogenannte Frühumsteiger in das DRG-System sind, wurde eine „Null-Runde“ vorgegeben. Da die Bedingungen eines „Frühumstieges“ für unser Haus noch schlechtere Bedingungen abgegeben hätten, als das Einfrieren des Budgets, haben wir die „Null“ akzeptieren müssen. Belastet wurde das Budget durch die 2,4%ige Tariferhöhung des BAT, so dass der gesetzlich festgelegte „Schereneffekt“ zwischen Kosten und Erlösen weiterhin an Dramatik zunahm.

Erschwerend kommt hinzu, dass im laufenden Jahr 2003 keine vertragliche Vereinbarung über die Wahlleistung gesonderte Unterkunft zwischen dem PKV Bundesverband und dem Zentralkrankenhaus Links der Weser hergestellt werden konnte. Damit erhöhte sich auch hier die finanzielle Unsicherheit. Im Februar 2004 konnte eine Vereinbarung abgeschlossen werden.

Trotzdem konnte mit den Kostenträgern über die Finanzierung eines neuen Fachbereiches - angeborene Herzfehler - Konsens hergestellt werden. Zudem wurde der Herzchirurgie die Möglichkeit eröffnet, sogenannte Kunstherzen -Assist Device- zu implantieren.

Für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen konnte auf der Basis einer Dienstvereinbarung eine 0,2%ige Budgeterhöhung durchgesetzt werden.

Das Jahr 2003 war gekennzeichnet durch Belastungsspitzen, die das Budget nicht hergab: So verzeichneten wir die meisten Entbindungen aller bremischen Krankenhäuser. Die Gesamtfallzahl erreichte ihren bisherigen Höchststand. Die Gesamtauslastung betrug 87%. Das Budget wurde im Berichtsjahr zusätzlich durch die Inanspruchnahme unseres Hauses durch ein verstärktes Aufkommen von Infarktnotfällen belastet.

Die Entwicklung des Jahresergebnisses spiegelt diesen finanziellen Abwärtstrend wider. Zwar konnte das ZKH Links der Weser auch 2003 mit einem positiven Ergebnis abschließen, gegenüber den Vorjahren jedoch ist ein Rückgang festzustellen.

Alles in allem war das Zentralkrankenhaus Links der Weser in der Lage, seinen Versorgungsauftrag vollständig zu erfüllen und hat damit seine Flexibilität und Leistungsfähigkeit erneut bewiesen. Allerdings sind solche Anstrengungen nur dann weiterhin zu erbringen, wenn es zu einer deutlich verbesserten Ressourcenzuweisung kommt. Dabei ist es völlig nebensächlich, ob mit oder ohne DRG-System. Im Vergleich mit anderen Krankenhäusern unseres Zuschnittes ist das Zentralkrankenhaus Links der Weser eines der leistungs- und damit wettbewerbsfähigsten Einrichtungen seiner Art. Dies wissen auch die Kostenträger.



Ausblick auf das Geschäftsjahr 2004

Aufgrund der Maßnahmen des Gesetzgebers hat sich die finanzielle Situation der Kostenträger nicht weiter verschärft. Allerdings sind die Eckwerte der Krankenhausfinanzierung nicht wirklich verbessert worden. Durch eine Grundlohnsummensteigerung von 0,02 % kann die rechtlich verordnete Budgetabsenkung von 1% durch den Nachweis der jeweiligen Krankenkassen an der Teilnahme von Modellen der integrierten Versorgung nicht ernsthaft kompensiert werden. Hinzu kommt, dass durch den weiter wirkenden Tarifdruck (in 2004 eine nochmalige Erhöhung von rund 2%) die wirtschaftliche Lage des Krankenhauses verschärft wird. Es bleibt aber abzuwarten, ob es den Krankenhäusern gelingt, mit den Krankenkassen integrierte Versorgungsmodelle abzuschließen, um dadurch zu Budgetentlastungen zu kommen. Für das Klinikum Links der Weser liegen den Kostenträgern entsprechende Modelle vor.

Hauptgegenstand der Budgetverhandlungen für das Jahr 2004 ist seitens der Kostenträger die Umsetzung der stationsersetzenenden Maßnahmen. Hier versuchen die Krankenkassen durch tiefe Budgeteinschnitte in die strukturellen Abläufe des Krankenhauses einzuwirken. Das Klinikum Links der Weser befindet sich unter anderem auch in dieser Frage gegenwärtig noch in einem Verhandlungsstadium.

Unabweisbar ist aber die Notwendigkeit, im Jahre 2004 eine interne Organisationsform aufzubauen, die es dem Krankenhaus ermöglicht, ambulante Eingriffe wirtschaftlich zu erbringen.

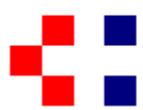
Die nach der Budgetvereinbarung umzusetzende Patientensteuerung wird durch die Eröffnung einer Aufnahmestation unterstützt. Die bauliche Umsetzung ist für das letzte Quartal des Jahres 2004 vorgesehen. Mit Abschluss der Budgetvereinbarung wird auch unser Haus nach dem DRG-System abrechnen müssen. Wir gehen davon aus, dass der Übergang vom alten zum neuen Abrechnungsverfahren reibungslos erfolgen wird.

Wesentlicher Einfluss auf die Patientensteuerung wird auch die Errichtung eines Infarktcenters sein, dass sowohl baulich, personell als auch organisatorisch für den 01.07.2004 vorgesehen ist. Nach entsprechender Budgetvereinbarung wird die Umsetzung konkretisiert.

In der zweiten Jahreshälfte soll der Bau eines Ärztehauses als medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) beginnen. Vorbehaltlich der Entscheidung der Zustimmungsgremien soll der Spatenstich noch im vierten Quartal erfolgen. Bisher haben mehrere Praxen einen Vormietvertrag unterzeichnet.

Durch die Aktivitäten der Holding wird es zu umfangreichen Prüfaufträgen bezüglich optimierter Zusammenarbeit kommen. Angefangen bei den patientenfernen Bereichen wie Einkauf,





Personal, EDV etc. wird sich die Diskussion um die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Kernbereiches über das gesamte Jahr hin erstrecken.

Eines bleibt aber weiterhin wirksam: Die finanzielle Basis für den medizinisch technischen Fortschritt bleibt ungenügend, so dass hier die Gefahr besteht, von der medizinisch technischen Entwicklung weiterhin abgehängt zu werden, trotz der Bemühungen aller um den Patienten besorgten Partnern.



Werkstatt Bremen

Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Unternehmensgegenstand:

Der Eigenbetrieb nimmt auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Bremen folgende Aufgaben wahr:

1. den Betrieb der anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen (Martinshof),
2. den Betrieb mehrerer Wohnheime für Schwerbehinderte, die im Martinshof beschäftigt sind oder waren,
3. ambulante Wohnangebote für Schwerbehinderte, die im Martinshof beschäftigt sind oder waren und
4. die Durchführung von Sonderprogrammen des Senats, Modellprojekten des Bundes, des Landes oder der Kommune.

Sitz des Eigenbetriebes:

Hoffmannstr. 11, 28201 Bremen

Stammkapital:

39.062.700 €

Anteilseigner / Anteile % :

Stadtgemeinde Bremen 100%

Geschäftsführer:

Herr Wilfried Hautop



Betriebsausschuss:
(Stand 31.12.2003)

Frau Senatorin Karin Röpke, Vorsitzende
Herr Staatsrat Dr. Arnold Knigge
Frau Ursula Arnold-Cramer
Herr Karl-Uwe Oppermann
Herr Klaus Peters
Herr Frank Pietrzok
Herr Uwe Schmid
Frau Silvia Schön
Frau Brigitte Totzke-Jensen
Frau Edith Wangenheim

Ressort:

Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	44.627	46.179	46.150	46.002	45.205
Umlaufvermögen	12.780	13.192	10.880	11.159	13.086
Sonstige Aktiva	0	0	0	0	0
RAP	41	46	52	51	17
Bilanzsumme	57.448	59.417	57.082	57.211	58.307

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	44.522	44.977	44.922	45.846	46.314
Sonderposten	3.633	4.271	4.942	4.739	5.162
Rückstellungen	2.837	2.747	1.674	1.737	1.876
Verbindlichkeiten	6.454	7.417	5.543	4.889	4.856
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	2	5	0	0	100
Bilanzsumme	57.448	59.417	57.082	57.211	58.307

Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	21.324	21.972	22.654	23.406	24.735
2 ertragswirksame Zuschüsse	341	554	416	216	336
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	-11	3	28	34	52
5 sonstige betriebliche Erträge	33.251	35.460	22.883	9.426	9.635
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	54.905	57.988	45.981	33.082	34.757
6 Material	1.702	1.572	1.410	1.327	1.344
7 bezogene Leistungen	233	185	0	0	0
8 Personalaufwand	24.898	25.537	24.058	23.740	25.168
9 Abschreibungen	2.238	2.295	2.373	2.320	2.187
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	25.531	28.115	17.540	5.053	5.557
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	54.601	57.704	45.381	32.441	34.256
III Betriebsergebnis (I-II)	304	284	599	641	501
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	73	152	120	61	27
IV Finanzergebnis (11+12)	73	152	120	61	27
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	377	437	720	702	528
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
14 Steuern	12	14	17	16	25
VI Jahresergebnis (V+13-14)	365	423	703	686	504

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

	1999	2000	2001	2002	2003
0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

1.813	1.874	1.822	1.887	1.907
-------	-------	-------	-------	-------



Standorte



Historie

Werkstatt Bremen ist ein Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen. Bereits 1923, vor mehr als 80 Jahren, gründeten seinerzeit das Arbeitsamt und Fürsorgeamt erstmalig in der Neustadt/Bunten- tor die gemeinnützigen „Werkstätten für Erwerbsbeschränkte“. Heute gehört Werkstatt Bremen zum Bereich des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und verbindet Erfahrung in der Gestaltung von Arbeitsangeboten mit einer zeitgerechten Betriebsorganisation und mit einer nachgewiesenen hohen Qualität für alle Kundengruppen. Mit dem Schwerpunkt der beruflichen Rehabilitation ist der im Jahre 1953 gegründete Martinshof als anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen die bekannteste und größte Einheit des Betriebes.

Der Martinshof ist Deutschlands größte Werkstatt für behinderte Menschen. Seit der Gründung des Martinshofs haben sich neben der besonderen Qualität auf den Gebieten der Rehabilitation und Produktion umfassende Erfahrungen in der Arbeitsgestaltung und in einer Mitwirkung der Menschen mit Behinderungen gebildet. Vorteile eines großen Betriebes verbinden sich mit dezentralen und integrationsfördernden Angeboten in der Stadt und im benachbarten Landkreis Osterholz/Niedersachsen. Im Mittelpunkt stehen die individuelle Hilfestellung und Unterstützung für die Menschen mit Behinderungen.

Darüber hinaus ergänzen Angebote im Bereich Fördergruppe, Förderlehrgang, Integrationsabteilung sowie im Bereich Wohnen das Leistungsspektrum.

Bei Werkstatt Bremen sind etwa 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Verlauf des Berichtsjahres 2003

Im Geschäftsjahr wurden Umsatzerlöse in Höhe von 24,7 Mio. € erwirtschaftet. Davon entfielen 18,8 Mio. € auf Erlöse aus Leistungsentgelten sowie 5,9 Mio. € auf die Arbeitserlöse. Die Umsatzerlöse konnten insgesamt sowohl im Bereich der Arbeitserlöse als auch bei den Leistungsentgelten gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Mio. € (+ 5,7 %) als auch gegenüber dem Plan um 1,2 Mio. € (+ 5,3 %) deutlich gesteigert werden. Trotz einer Erhöhung der Leistungsentgelte (Kostensätze) konnte die tatsächliche Kostensteigerung nur zum Teil kompensiert werden. Daher wur-

den wie in den Vorjahren Gegensteuerungsmaßnahmen zur Verminderung der Kosten eingeleitet.

Die Finanzlage hat sich positiv entwickelt. Im Geschäftsjahr wurde ein operativer Cash Flow von 2,5 Mio. € erwirtschaftet. Die Liquidität ist gesichert. Die liquiden Mittel decken alle Verbindlichkeiten ab.

Für die Werkstatt Bremen wird für das Geschäftsjahr 2003 ein positives Jahresergebnis in Höhe von 503,8 T€ ausgewiesen. Dies resultiert im Wesentlichen aus im Vergleich zum Planansatz höheren Umsatzerlösen aufgrund höherer Belegungszahlen und Kostensätzen sowie Arbeitserlösen der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM).

Im Berufsbildungsbereich der WfbM haben durchschnittlich 130,5 (2002: 113,3) behinderte Menschen im Rahmen der Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe am Arbeitsleben teilgenommen.

Im Arbeitsbereich des Martinshofes fanden im Durchschnitt rund 1.459,3 (2002: 1.437,7) behinderte Menschen Beschäftigung. Aufgrund der positiven Entwicklung des Arbeitsergebnisses konnten die Arbeitsentgelte gegenüber dem Vorjahr erneut gesteigert werden. Die gesetzliche Vorgabe der Werkstättenverordnung (WVO), dass mindestens 70 % des Arbeitsergebnisses an die behinderten Menschen ausgezahlt werden, konnte wie in den Vorjahren deutlich überschritten werden.

Bei den Bediensteten waren zum Jahresende insgesamt 321,2 Stellen besetzt, davon entfallen auf Auszubildende 3, auf Praktikanten 3 und auf Zivildienstleistende 35 Stellen. Gegenüber dem Planansatz von 321,7 Stellen ergibt sich nur eine geringe Abweichung von - 0,5 Stellen.

Im Rahmen von Dienstbesprechungen, Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gesprächen, Informationsrundschreiben, aber auch durch die Mitarbeiterzeitschrift „Werk-Blatt“ erfolgte eine regelmäßige Kommunikation mit den Mitarbeiter/innen. Diese wurde durch die zahlreichen Feierlichkeiten im Zusammenhang „50 Jahre Martinshof“ zusätzlich begünstigt. Durch das Leitbild und Maßnahmeplanungen wird die Richtung der zukünftigen betrieblichen Entwicklung aufgezeigt. Ergebnisse sind z.B. die Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräche, die zunächst der Ermittlung des



Stadtgeschäft





Keramikwerkstatt

Fortbildungsbedarfs dienen sowie der notwendigen Einbeziehung der Zentralverwaltung in das Qualitätsmanagement.

Im Mittelpunkt des Jahres 2003 stand das 50-jährige Jubiläum des Martinshofes im September 2003 sowie die Gründung einer Stiftung Martinshof im Oktober 2003, die es ermöglichen soll, langfristig durch private Mittel behinderte Menschen zusätzlich zu unterstützen.

Ausblick

Die Entwicklung der Werkstatt für behinderte Menschen wird geprägt durch kontinuierlich steigende Belegungszahlen. Auf Basis der Bestands- und Bedarfserhebung Werkstätten für behinderten Menschen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung wurde ein Anstieg der Werkstattbeschäftigen von ca. 222.550 in 2002 auf 254.160 in 2010 prognostiziert. Erst ab dem Jahr 2011 wird auf der Grundlage der Bedarfserhebung mit einem leichten Rückgang der Werkstattbeschäftigen gerechnet. Bezogen auf Werkstatt Bremen würde dies einen Zuwachs von derzeit 1.459,3 auf ca. 1.640 Beschäftigte im Arbeitsbereich der WfbM bis zum Jahre 2010 bedeuten. Dieses entspricht einem jährlichen Nettozugang von ca. 25 Personen.

Um diesen zusätzlichen Bedarf an Werkstattplätzen zu erfüllen, werden verstärkt Kooperationen mit anderen Leistungserbringern in der sozialen Arbeit eingegangen. Des Weiteren soll durch die gegründete Gesellschaft „Werkstatt Nord gGmbH“ ermöglicht werden, auch außerhalb des bremischen Stadtgebietes ortsnahe Angebote für die Zielgruppen in Niedersachsen zu unterbreiten.

Ab dem Jahr 2005 erfolgt in der Werkstatt Bremen auch die Aufnahme von behinderten Menschen mit besonderem (erhöhtem) Betreuungsbedarf. Für die Förderung und Betreuung dieses Personenkreises ist eine zusätzliche Personalausstattung erforderlich.

Die Zusammenarbeit mit der DaimlerChrysler AG gestaltet sich auch weiterhin positiv und eröffnet unter den Bedingungen einer auf Kunden angepassten Logistik und Materialsteuerung vorbehaltlich der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung neue Umsatzmöglichkeiten.

Das Konzept der Wohnformen ist insgesamt zu überdenken. Aufgrund der geringen Platzzahlen mit weiteren eher statischen Untergliederungen ist hier eine kritische Größe gegeben. Für die Wohnformen ist eine weitere Entwicklungsplanung zunehmend erforderlich. Zur Optimierung dürfte in Zukunft eine verstärkte verbindliche Kooperation / Vernetzung mit anderen Anbietern erforderlich werden.

Risiken entstehen durch die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei gleichzeitiger Umsteuerung von Sach- zu Geldleistungen ist mit einem erheblichen Rückgang des Umsatzes mit Sozialhilfebedarfen zu rechnen. Ab 2005 wird nur noch mit jährlichen Umsätzen von 0,2 Mio. € gerechnet gegenüber 0,8 Mio. € in 2003. Der Rückgang soll durch neue Aufträge kompensiert werden. Dazu erfolgen u.a. derzeit der Aufbau eines Kindergartenmöbelprogramms sowie die Prüfung der Zusammenarbeit im Metallbereich mit anderen Werkstätten.

Des Weiteren ist bei der Entwicklung der Kostensätze aufgrund der finanziellen Situation der überörtlichen Träger der Sozialhilfe mit erheblichen Risiken zu rechnen. Eine Absenkung der Kostensätze würde sich nachhaltig auf die Betreuungsqualität und damit auf die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gesellschaft auswirken.



Blick in die Gärtnerei



Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

- Bremer Entsorgungsbetriebe (BEB)**
- Stadtgrün Bremen**
- Bremer Baubetrieb (BBB)**
- Baudienstleistungen Bremen (BDL)**
- Geoinformation Bremen**
- Gebäude- und TechnikManagement
Bremen(GTM)**



Bremer Entsorgungsbetriebe

Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Unternehmensgegenstand: Abfallentsorgung
Abwasserbeseitigung

Sitz des Eigenbetriebes: Schiffbauerweg 22, 28237 Bremen

Stammkapital: 25.000.000 €

Anteilseigner / Anteile %: Stadtgemeinde Bremen 100%

Geschäftsführer: Herr Richard Kluwe



Betriebsausschuss:
(Stand 31.12.2003)

Herr Senator Jens Eckhoff (Vorsitz)
Frau Gisela Schwarz
Herr Frank Imhoff
Frau Birgit Busch
Herr Dr. Joachim Schuster
Herr Dieter Focke
Frau Dr. Karin Mathes
Herr Harald Fengler
Herr Ulrich Janssen

Ressort:

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	536.559	522.863	505.985	492.746	466.995
Umlaufvermögen	661.835	633.391	627.952	278.526	249.607
Sonstige Aktiva	253	12	17	532	997
RAP	0	4	2	2	2
Bilanzsumme	1.198.648	1.156.271	1.133.955	771.806	717.602

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	456.930	457.299	458.133	120.382	105.834
Sonderposten	165.258	160.203	156.321	151.237	146.428
Rückstellungen	57.153	64.700	69.352	72.952	72.585
Verbindlichkeiten	272.182	235.466	220.069	205.676	179.683
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	247.124	238.603	230.081	221.559	213.072
Bilanzsumme	1.198.648	1.156.271	1.133.955	771.806	717.602

Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	158.778	155.958	155.137	156.399	154.161
2 ertragswirksame Zuschüsse	0	0	0	0	0
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	0	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	2.279	1.494	2.074	1.862	1.493
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	161.057	157.452	157.211	158.261	155.654
6 Material	180	203	290	322	244
7 bezogene Leistungen	147.762	145.620	145.593	145.633	145.087
8 Personalaufwand	4.950	4.947	5.024	6.054	5.804
9 Abschreibungen	975	-449	-519	-542	-693
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	6.910	3.938	4.138	4.932	4.611
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	160.777	154.260	154.527	156.399	155.053
III Betriebsergebnis (I-II)	280	3.193	2.684	1.862	601
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	300	52	612	796	621
IV Finanzergebnis (11+12)	300	52	612	796	621
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	580	3.244	3.295	2.658	1.222
13 ausserordentliches Ergebnis	-460.207	-2.874	-2.337	-1.645	365
14 Steuern	19	2	125	214	35
VI Jahresergebnis (V+13-14)	-459.646	368	834	799	1.552

Zuschüsse aus dem Haushalt: (ohne Investitionen)	1999	2000	2001	2002	2003
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):	95	93	95	97	100

Historie

Das ehemalige Amt für Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft wurde 1992 zu einem Eigenbetrieb umstrukturiert und erhielt den Namen Bremer Entsorgungsbetriebe – Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen. Durch die Herauslösung aus dem Haushalt der Stadtgemeinde konnte sich die Verselbständigung des Eigenbetriebes im Wirtschaftsjahr 1992 entwickeln und festigen.

Mitte des Jahres 1993 verlegten die Bremer Entsorgungsbetriebe ihren Sitz aus der Stadtmitte heraus in den Industriehafen Bremen. Der Jahresabschluss 1993 basierte erstmals auf der kaufmännischen Buchführung. Es wurden die Dienstleistungen Stadtentwässerung (Bau- und Anlagen-technik, Abwassersammlung, Abwasserbehandlung) sowie Abfallwirtschaft und Straßenreinigung (Abfallsammlung, Wertstoffsammlung, Straßenreinigung, Abfallbehandlung mit Müllverbrennungs-anlage Bremen und Blocklanddeponie, Industrie- und Gewerbeüberwachung, Altlasten und Abfalllabor) angeboten. Die Sammlung von Wertstoffen wurde bereits 1992 flächendeckend eingeführt. Die Basis bildet der von den Bremer Entsorgungsbetrieben gehaltene Vertrag mit der Duales System Deutschland AG.

Alle genannten Dienstleistungen wurden für das gesamte Gebiet der Stadtgemeinde Bremen und das stadtremische Überseehafengebiet Bremerhaven erbracht.

Um die Entwicklung zu einem kostenbewussten und leistungsorientierten Entsorgungs-unternehmen voranzutreiben, wurde zum 1.1.1995 ein Neustrukturierungsprozess in Gang gesetzt. Durch Organisationsstraffungen und Zusammenfassung artverwandter Tätigkeiten wurden Personaleinsparungen von ca. 10% bewirkt. Durch die Schaffung von klaren Verantwortungs-bereichen konnte die Kostentransparenz verbessert und die Kostenentwicklung gedämpft wer-den. Durch die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle wurde die Kommunikation mit den Kunden maßgeblich verbessert. Das neue Organisationskonzept umfasste auch erstmals den Bereich Bre-men-Nord.

Das gesamte Unternehmen wurde in drei Geschäftsbereiche gegliedert, wobei die nach dem Bremischen Entsorgungsbetriebs-Ortsgesetz definierte kaufmännische Verantwortung beim Leiter des kaufmännischen Bereiches lag. Die Verantwortung für die Bereiche Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung wurden hiervon getrennt.

Im Rahmen bestehender und neuer Verträge wurden Dienstleistungen der Abwasserbehandlung, Klärschlammensorgung und Restabfallbeseitigung über Tochtergesellschaften auch für Gebiets-körperschaften außerhalb Bremens erbracht.

Nach Vorgaben der Stadtgemeinde Bremen wurde der Abfallbereich der Bremer Entsorgungsbetriebe am 1. Juli 1998 in vier Gesellschaften eingebracht und mehrheitlich an private Investoren veräußert. Entsprechend den Kauf- und Abtretungsverträgen wurde die Abfallentsorgung zunächst zu 74,9%, später dann die verbliebenen 25,1 %, die Abfallbehandlung (MVA), die Kompostierungs-

anlagen und die Schadstoffentsorgung jeweils zu 100% verkauft. Nur der operative Teil der Blocklanddeponie verblieb bei den Bremer Entsorgungsbetrieben. Der Bereich der Abwasserbeseitigung wurde zum 1. Januar 1999 privatisiert und zu 74,9% verkauft.

Durch die Privatisierungen hat sich das Vermögen der Bremer Entsorgungsbetriebe erheblich reduziert, jedoch verblieb eine Vielzahl von Funktionen im Hause. Im Bereich Abfallwirtschaft sind auch nach dem Verkauf der operativen Einheiten und der damit einhergehenden Privatisierung von Entsorgungsaufgaben die Funktionen und Aufgabenstellungen weitgehend unverändert. Die BEB betreiben weiterhin die Blocklanddeponie und sind zuständig für Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit. Seit dem 1.1.1999 nehmen die BEB den Einzug der Abfallgebühren, die bis dahin über den Grundsteuerbescheid der Oberfinanzdirektion erfolgte, in eigener Regie wahr. Die Verwaltungsaufgaben wurden durch ein abfallwirtschaftliches Controlling für die Stadtgemeinde ersetzt, welches die Leistungs- und Subunternehmerverträge, die Miet- und Managementverträge im Rahmen des Vertrags-, technischen und Finanzcontrollings zwischen den BEB als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger und den Leistungspartnern regelt. Die Überprüfung der Qualitätsstandards, die Leistungserfüllung, die Feststellung von Regelungslücken, die Minimierung von Schwachstellen sowie die Feststellung von abfallwirtschaftlichen Erfolgen und genehmigungskonformem Betrieb der abfallwirtschaftlichen Anlagen gehören ebenfalls zum Aufgabenspektrum der BEB. Im Bereich der Abfallberatung wurde die Einführung und Integration eines Call-Centers vorgenommen.

Die Bremer Entsorgungsbetriebe sind weiterhin Träger der Abwasserbeseitigungspflicht in der Stadtgemeinde Bremen. Dies gilt insbesondere für Verfahren der Bauleitplanung, für Planfeststellungs- und Planverfahren, Straßenausbaupläne, Maßnahmen für gewidmete öffentliche Straßen, bei denen öffentliche Kanäle betroffen sind, Grundstücksangelegenheiten sowie Widmungen und Entwidmungen. Darüber hinaus verbleibt auch die Verantwortung für städtebauliche Verträge, Erschließungsvereinbarungen und Gewerbeerschließungen bei den BEB.

Somit haben die BEB im Rahmen der Privatisierungen nicht nur operative Aufgaben abgegeben, sondern auch neue Kernaufgaben erhalten. Diese sind die Funktion als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, das Vertrags- und technische Controlling, der Gebühreneinzug und die dazugehörige Verwaltung, der Deponiebetrieb, die Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit.





Geschäftsverlauf

Entsprechend der Bedeutung des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) wurde zur wirtschaftlichen Kontrolle und zur Verbesserung der Unternehmenssteuerung das Frühwarnsystem weiter ausgebaut. Insbesondere werden die Entwicklung im Bereich des Dualen Systems, die Entwicklung im Haus- und Gewerbeabfall, die Liquiditätssteuerung, die Deponieentwicklung und die Entwässerungsgebühren untersucht.

Die Personalaufwendungen sinken gegenüber dem Vorjahr um 395 TEUR. Jedoch sind durch die Übernahme der Auszubildenden für ein halbes Jahr, durch die Erweiterung des Roten Teams, durch eine zusätzliche Rückkehrerin und durch erneute Bildung von Rückstellungen für Altersteilzeiten die Personalkosten gegenüber dem Planansatz leicht gestiegen. Der betriebsnotwendige Personalbestand ist auf 94 Stellen gesunken.

Die Umsatzerlöse im Bereich Entwässerung betrugen 89.112 TEUR, für den Bereich Abfallentsorgung 64.938 TEUR und für den Kaufmännischen Bereich 111 TEUR. Im Bereich des Finanzmanagements wurde ein Zinsergebnis von 621 TEUR erwirtschaftet.

Im Jahr 2003 ist insgesamt ein Jahresgewinn von 1.552 TEUR erwirtschaftet worden.

Auch im Jahr 2003 wurde die Grundwasserüberwachung der Blocklanddeponie fortgeführt. Die Grundwassersituation in Verbindung mit dem bestehenden Erfassungssystem Ringgraben und den schwankenden Grundwasserpegeln der Deponie wurden weiter intensiv überwacht, insbesondere wurden mehrere sogenannte Datenlogger installiert, um die Pegelstände permanent aufzuzeichnen.

Die von den BEB gestellten Anträge auf Genehmigung für Aufbereitung und Verwertung von Rechen-gut, Kehricht und Sandfangrückständen sind positiv beschieden worden. Hierzu war der Genehmigungsbehörde ein Gutachten zum Behandlungsverfahren und zum Einsatz der Fertig-produkte übergeben worden.

Die Aufbereitung von Shredderabfällen soll bewirken, dass diese dauerhaft auf der Blockland-deponie beseitigt werden können und damit für eine Grundauslastung der vorhandenen Ressourcen sorgen. Die Shredderabfälle sollen aufgrund ihrer Inhaltsstoffe so vorbehandelt werden, dass eine Ablagerung im Sinne der Deponie-Verordnung während der gesamten Restlaufzeit der Depo-nie möglich ist. Erste Versuche hierzu sind positiv verlaufen. Das Projekt wird durch ein anerkan-netes Labor wissenschaftlich begleitet.

Ausblick

Die Kosten- und Erlössituation im Bereich Abfallwirtschaft hätte sich ohne gegensteuernde Maß-nahmen ab dem Jahr 2004 negativ entwickelt. Dieses gilt auch für die Deponie- und MHW-Gebüh-ren. Jedoch wird durch die getroffenen Vorsorgen und erwirtschafteten Überdeckungen in den Bereichen Abfallgebühren und im Deponiebereich mit keiner Gebührenerhöhung vor 2007 gerech-net. Im Gegenteil, für die Tatbestände der Gebührenordnung im Deponiebereich können die Ge-bühren um ca. 10 % für 2005 gesenkt werden. Dieses auch, da durch Gegensteuerungsmaßnahmen Kostensenkungen durch die Anpassung und Neugestaltung von Verträgen erwirkt werden sollen und im investiven Aufwand und Sachkostenbereich Reduzierungen vorgesehen sind.

Durch die Indexabhängigkeit sind im Bereich der Entwässerungsgebühren zur Zeit keine gegen-steuernde Kostensenkungsmaßnahmen möglich.





Stadtgrün
BREMEN

Der Senator für Finanzen



Freie
Hansestadt
Bremen



Stadtgrün Bremen

Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Unternehmensgegenstand:

Planung, Unterhalt und Weiterentwicklung öffentlicher
Grünflächen in Bremen, Betrieb von Friedhöfen

Sitz des Eigenbetriebes:

Hollerallee 85, 28209 Bremen

Stammkapital:

17.895.216 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100%

Geschäftsführer:

Herr Ralf Höfter



Betriebsausschuss:

(Stand 31.12.2003)

Herr Senator Jens Eckhoff (Vorsitz)

Frau Karin Kanertz

Herr Dr. Joachim Schuster

Frau Dr. Karin Mathes

Herr B. Esters

Frau G. Hülsbergen

Frau Ingrid Reichert

Herr Dieter Focke

Herr Frank Imhoff

Ressort:

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	20.742	21.120	21.154	21.167	20.818
Umlaufvermögen	9.723	11.162	10.700	10.064	11.101
Sonstige Aktiva	22	105	0	0	58
RAP	0	11	3	0	0
Bilanzsumme	30.487	32.399	31.857	31.231	31.977

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	21.088	21.413	21.821	22.287	22.458
Sonderposten	0	0	0	0	0
Rückstellungen	1.977	1.960	2.423	2.762	3.355
Verbindlichkeiten	7.421	9.025	7.613	6.025	6.164
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	1	1	0	157	0
Bilanzsumme	30.487	32.399	31.857	31.231	31.977





Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	31.808	30.162	32.364	32.561	29.942
2 ertragswirksame Zuschüsse	0	0	0	0	0
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	-58	-32	-1.930	3	-3
5 sonstige betriebliche Erträge	397	1.123	723	1.174	1.492
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	32.148	31.253	31.158	33.738	31.431
6 Material	1.496	1.637	1.713	1.905	1.787
7 bezogene Leistungen	8.812	7.868	8.001	9.136	7.660
8 Personalaufwand	16.449	16.164	15.625	15.290	15.520
9 Abschreibungen	1.293	1.344	1.386	1.412	1.473
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	3.278	3.484	3.655	5.095	4.374
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	31.327	30.498	30.379	32.838	30.814
III Betriebsergebnis (I-II)	821	755	779	900	617
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	-716	-799	-350	-399	-418
IV Finanzergebnis (11+12)	-716	-799	-350	-399	-418
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	105	-44	429	501	199
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
14 Steuern	22	22	20	35	28
VI Jahresergebnis (V+13-14)	83	-66	409	466	171

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

1999	2000	2001	2002	2003
0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

407	400	397	357	334
-----	-----	-----	-----	-----



Ausgangssituation

Das Stadtgrün Bremen ist seit dem 01.01.1998 ein Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen. Zu den Aufgaben des Eigenbetriebes zählen die Planung, der Bau und die Pflege von Grün- und Freianlagen sowie Friedhofsflächen.

Die in der Betreuung durch das Stadtgrün Bremen liegenden Bremischen Grünflächen umfassen derzeitig ein Areal von insgesamt 1.600 Hektar. Mit Behörden, Ämtern und Dienststellen schließt der Eigenbetrieb Leistungsvereinbarungen und Einzelverträge ab, in denen festgelegt wird, wo, wie und zu welchem Preis der Eigenbetrieb die Planung und Pflege der Anlagen durchführt.

Das Leistungsspektrum des Stadtgrün Bremen umfasst dabei neben der fachkompetenten Ausführung von gärtnerischen Arbeiten auch konzeptionelle Beratungsleistungen. Hierunter fallen die Bereitstellung von Grünflächeninformationen, die Erstellung von Entwicklungsplänen sowie die Maßnahmenplanung und -koordinierung.

Die Rahmenbedingungen werden schlechter

Als Teil der Stadtgemeinde Bremen ist der Eigenbetrieb aufgefordert, die Sanierungsbemühungen des Landes Bremen zu unterstützen und einen Beitrag zu leisten. Der Betrieb steht damit vor der Herausforderung, die ihm zugeordneten Aufgaben weiterhin auf hohem fachlichem Niveau bei gleichzeitig sinkenden Budgets erbringen zu sollen.

Den Rahmen, in den sich das Stadtgrün Bremen zur Bewältigung dieser Aufgabenstellung einfügt, bildet ein Wettbewerbsmodell, das darauf angelegt ist, die Leistungen und Kosten des Eigenbetriebs mit denen privater Anbieter zu vergleichen. Die Stadtgemeinde Bremen bedient sich hierfür einer Steuerungseinheit, die in begrenztem Maße die Pflege von Flächen an Privatunternehmen vergibt und die Kontrolle der Leistungserfüllung übernimmt. Die Steuerungseinheit stellt ihre Ergebnisse dem Stadtgrün Bremen zur Verfügung, so dass der Eigenbetrieb wichtige Hinweise erhält, in welchen Aufgabenfeldern seine Leistungen und Kosten bereits dem Marktniveau entsprechen oder in welchen Aufgabenfeldern eine Nachsteuerung erforderlich wird.

Das Benchmarking (die Ausrichtung an den jeweils besten Werten vergleichbarer Unternehmen) und die Notwendigkeit, bei sich verringernden Budgets über Leistungsanpassungen entscheiden zu müssen, setzen voraus, dass die zu erbringenden Leistungen umfänglich beschrieben sind. Die Grünflächenunterhaltung wird daher zukünftig nach 6 Pflegeklassen erfolgen, d.h. jede Anlage wird einer Pflegeklasse zugeordnet. Für jede Pflegeklasse werden die notwendigen Arbeiten und die Pflegehäufigkeiten festgelegt. Die einzelnen Arbeitsschritte sind in Musterleistungsverzeichnissen beschrieben. Für jede Klasse wird ein Budget bereitgestellt. Somit kann zukünftig dargelegt werden, welche Auswirkungen Budget- oder Flächenveränderungen bewirken. Die Leis-





tungsverzeichnisse und Einzelpreise basieren auf Erfahrungen der in 2003 und 2004 erfolgten Vergaben durch die Steuerungseinheit.

Die Aufgabenstellung zur Steigerung der Produktivität des Stadtgrün Bremen und die Herstellung einer größeren Transparenz über die zu erbringen Leistungen stehen nicht im Widerspruch zur Kundennähe des Eigenbetriebes. Nutzer wie Kindertagesheime oder Schulen kommen weiterhin direkt auf den Betrieb zu. Für Bürger und Ortspolitiker ist Stadtgrün Bremen der Ansprechpartner für das Grün. Insbesondere durch die örtliche Präsenz und das Engagement der Pflegebezirke trägt der Betrieb dazu bei, eine bürgerliche und zufriedenstellende Pflege aufrechterhalten.



Die Aufgabenstellung des Stadtgrün Bremen zur Erbringung eines Sanierungsbeitrages und zur Steigerung seiner Produktivität wurde im Jahre 2003 im Rahmen eines Kontraktes zwischen der Geschäftsführung und dem Senator für Bau, Umwelt und Verkehr konkretisiert. Dieser Kontrakt entspricht im Wesentlichen einem Standortsicherungsvertrag und sieht bis zum Jahr 2007 eine Steigerung der Produktivität um 20% vor. Gleichzeitig wurde eine Privatisierung des Betriebes für diesen Zeitraum ausgeschlossen.

Um die Ziele zu erreichen, wurden im Betrieb, kurz nach der Neubesetzung der Geschäftsführung im Jahr 2002, die produktiv wirksamen Prozesse durchleuchtet und in verschiedenen Optimierungsprojekten zusammengefasst. Unter dem Oberbegriff des Kontinuierlichen-Verbesserungs-Prozesses (KVP) sind diese Projekte gebündelt und laufen mittels Projektplänen ab.



Ausblick

Das durch den Kontrakt (s.o.) gesetzte, sehr anspruchsvolle Ziel einer 20%igen Produktivitätssteigerung setzt Stadtgrün Bremen mit dem Planungsinstrument des KVP um. Unter diesen Oberbegriff fallen alle vom Eigenbetrieb eingeleiteten produktivitätsverbessernden Maßnahmen. Neben Maßnahmen, die sich hierbei direkt auf die Erhöhung der Produktiv- und Anwesenheitsstunden auswirken (zum Beispiel durch Wegfall von bislang bezahlten Pausenzeiten sowie die Flexibilisierung der Arbeitszeiten), werden hierbei insbesondere Effizienzsteigerungspotenziale über eine Verbesserung der innerbetrieblichen Arbeitsabläufe erschlossen. Gegenstand der Prozessoptimierung sind die Logistik, ein verbesserter Einsatz von technischen Geräten und die Einführung von Teamarbeit in den Bezirken.



Bremer Baubetrieb

Eigenbetrieb der Freien Hansestadt Bremen

Unternehmensgegenstand:

Ziel des Eigenbetriebes war es, für Einrichtungen des Bundes und des Landes im Land Bremen sowie der Stadtgemeinde Bremen Dienstleistungen des Baumanagements und sonstige Dienstleistungen zu marktüblichen Bedingungen kostendeckend zu erbringen. Der Betrieb erbrachte hoheitlich begründete Aufgaben des Bau- und Gebäudemanagements, insbesondere Leistungen der Vergabe u.a. für die übrigen Einheiten des Bau- und Liegenschaftswesens. Im Rahmen der Neuordnung des Liegenschaftswesens wurde die Auflösung des Betriebes zum 31.12.2003 beschlossen. Personal und Aufgaben wurden auf andere Betriebe und Gesellschaften übergeleitet.

Sitz des Eigenbetriebes:

Hutfilterstr. 1-5, 28195 Bremen

Stammkapital:

51.129 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100%

Geschäftsführer:

Herr Falko von Strauß und Torney

Betriebsausschuss:

(Stand 31.12.2003)

Herr Senator Jens Eckhoff (Vorsitz)

Herr Hans-Hinrich Blumenberg

Herr Dieter Focke

Herr Wolfgang Paul Jägers

Frau Karin Krusche

Frau Ingrid Reichert

Herr Dr. Carsten Sieling

Herr Mario Staack

Herr Dieter Schüler

Ressort:

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

(vormals Senator für Bau und Umwelt)

Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)

	1999	2000	2001	2002	2003
	0 €	0 €	0 €	0 €	6.015.592 €

Beschäftigte (Volumen):

	175	232	211	135	114
--	-----	-----	-----	-----	-----

Der Eigenbetrieb wurde zum 31. 12. 2003 aufgelöst.

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	1.042	965	737	614	398
Umlaufvermögen	3.100	4.417	6.550	3.914	9.953
Sonstige Aktiva	0	740	1.581	3.473	0
RAP	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	4.142	6.123	8.868	8.001	10.351

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	737	-740	-1.581	-3.473	51
Sonderposten	0	0	0	0	0
Rückstellungen	1.635	2.420	2.218	2.250	2.501
Verbindlichkeiten	1.770	3.703	6.650	5.751	7.799
Sonstige Passiva	0	740	1.581	3.473	0
RAP	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	4.142	6.123	8.868	8.001	10.351

Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	10.630	13.133	15.770	8.804	7.385
2 ertragwirksame Zuschüsse	0	0	0	0	0
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	330	47	-313	198	-391
5 sonstige betriebliche Erträge	522	2.039	1.148	1.377	571
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	11.482	15.219	16.605	10.379	7.565
6 Material	31	22	1	0	0
7 bezogene Leistungen	345	580	2.064	852	349
8 Personalaufwand	9.453	13.052	11.441	8.837	7.590
9 Abschreibungen	440	479	415	347	297
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	2.021	2.463	2.456	2.092	1.833
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	12.291	16.596	16.376	12.128	10.069
III Betriebsergebnis (I-II)	-809	-1.377	229	-1.749	-2.504
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	-75	-164	-197	-142	-135
IV Finanzergebnis (11+12)	-75	-164	-197	-142	-135
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	-884	-1.541	31	-1.891	-2.639
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	-872	0	6.163
14 Steuern	1	1	1	0	0
VI Jahresergebnis (V+13-14)	-885	-1.542	-842	-1.891	3.524



Baudienstleistungen Bremen

Eigenbetrieb der Freien Hansestadt Bremen

Unternehmensgegenstand:

Ziel des Eigenbetriebes war es, für Einrichtungen Dritter außerhalb von Bund, Land oder Stadtgemeinde, Dienstleistungen des Bau- und Gebäude-managements und sonstige Dienstleistungen zu marktüblichen Bedingungen kostendeckend zu erbringen. Im Rahmen der Neuordnung des Liegenschafts-wesens wurde die Auflösung des Betriebes zum 31.12.2003 beschlossen.

Sitz des Eigenbetriebes:

Hutfilterstr. 1-5, 28195 Bremen

Stammkapital:

51.129 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100%

Geschäftsführer:

Herr Falko von Strauß und Torney

Betriebsausschuss:

(Stand 31.12.2003)

Herr Senator Jens Eckhoff (Vorsitz)

Herr Hans-Hinrich Blumenberg

Herr Dieter Focke

Herr Wolfgang Paul Jägers

Frau Karin Krusche

Frau Ingrid Reichert

Herr Dr. Carsten Sieling

Herr Mario Staack

Herr Dieter Schüler

Ressort:

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

(vormals Senator für Bau und Umwelt)

Zuschüsse aus dem Haushalt: (ohne Investitionen)

	1999	2000	2001	2002	2003
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Der Betrieb verfügt nicht über eigenes Personal

Der Eigenbetrieb wurde zum 31. 12. 2003 aufgelöst.

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	633	636	1.084	1.158	51
Sonstige Aktiva	0	0	0	0	0
RAP	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	633	636	1.084	1.158	51

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	199	199	199	199	51
Sonderposten	0	0	0	0	0
Rückstellungen	6	9	0	12	0
Verbindlichkeiten	428	428	885	947	0
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	633	636	1.084	1.158	51

Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	58	53	973	294	621
2 ertragswirksame Zuschüsse	0	0	0	0	0
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	4	0	-381	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	6	1	8	35	36
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	67	54	600	329	657
6 Material	0	0	0	0	0
7 bezogene Leistungen	62	53	592	294	621
8 Personalaufwand	0	0	0	0	0
9 Abschreibungen	0	0	0	0	0
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	6	4	3	14	14
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	68	57	595	308	635
III Betriebsergebnis (I-II)	0	-2	6	21	22
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	0	3	-6	-21	-22
IV Finanzergebnis (11+12)	0	3	-6	-21	-22
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	0	0	0	0	0
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
14 Steuern	0	0	0	0	0
VI Jahresergebnis (V+13-14)	0	0	0	0	0





**GeoInformation Bremen
Eigenbetrieb des Landes Bremen**

Unternehmensgegenstand:

Schaffung, Unterhaltung und Sicherung eines einheitlichen geodätischen Bezugssystems der Landesvermessung (Geodatenbasis), Erhebung, Führung und Bereitstellung von raumbezogenen Basisdaten sowie deren Darstellung in den Landeskartenwerken, Führung des Liegenschaftskatasters, Durchführung von Liegenschafts-, Planungs- und Ingenieurvermessungen aller Art, Immobilienbewertung, Bodenordnungsmaßnahmen, Aufbau und Weiterentwicklung von digitalen geographischen Informationssystemen

Sitz des Eigenbetriebes:

Wilhelm - Kaisen - Brücke 4, 28199 Bremen

Stammkapital:

1.500.000 €

Anteilseigner / Anteile %:

Land Bremen 100 %

Geschäftsführer:

Herr Martin K. Fliege

Betriebsausschuss
(Stand 31.12.2003)

Herr Senator Jens Eckhoff (Vorsitz)
Frau Ingrid Reichert
Frau Karin Garling
Herr Frank Schildt
Herr Hans - Hinrich Blumenberg
Herr Dieter Focke
Herr Dirk Schmidtmann
Herr Herbert Henke
Herr Lutz Kokemöller

Ressort:

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	2.005	1.742	1.385	1.174	1.152
Umlaufvermögen	1.493	1.606	1.560	2.048	3.186
Sonstige Aktiva	0	0	0	0	777
RAP	1	0	0	7	11
Bilanzsumme	3.499	3.349	2.945	3.229	5.126

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	1.984	1.961	1.311	506	0
Sonderposten	94	81	67	55	42
Rückstellungen	494	434	813	1.556	2.254
Verbindlichkeiten	927	874	753	1.112	2.827
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	0	0	0	0	3
Bilanzsumme	3.499	3.349	2.945	3.229	5.126



Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	9.704	9.377	8.862	9.186	10.467
2 ertragswirksame Zuschüsse	0	0	0	0	0
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	5	109	-43	11	154
5 sonstige betriebliche Erträge	208	238	491	670	224
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	9.917	9.724	9.310	9.867	10.845
6 Material	55	52	34	41	38
7 bezogene Leistungen	667	620	601	757	1.653
8 Personalaufwand	7.677	7.609	7.798	8.362	8.781
9 Abschreibungen	552	553	527	509	432
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	1.046	896	993	992	1.243
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	9.996	9.729	9.953	10.661	12.147
III Betriebsergebnis (I-II)	-80	-5	-643	-794	-1.302
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	-8	-15	-3	-9	-12
IV Finanzergebnis (11+12)	-8	-15	-3	-9	-12
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	-87	-20	-645	-803	-1.314
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
14 Steuern	3	3	4	3	4
VI Jahresergebnis (V+13-14)	-90	-23	-649	-806	-1.318

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

1999	2000	2001	2002	2003
0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

156	144	139	140	147
-----	-----	-----	-----	-----

Historie

Mit Beschluss des Senats ist die bremische Kataster- und Vermessungsverwaltung zum 1. Januar 1995 in einen Wirtschaftsbetrieb der Stadtgemeinde gemäß § 26 Abs. 1 LHO umgewandelt worden. Aus diesem ist am 1. Januar 2002 per Gesetz die GeoInformation Bremen, Eigenbetrieb des Landes Bremen, gegründet worden.

Der Landesbetrieb GeoInformation nimmt unter anderem die Aufgaben der früheren Kataster- und Vermessungsverwaltung wahr. Die wichtigsten Tätigkeitsfelder sind:

- Schaffung, Unterhaltung und Sicherung eines einheitlichen geodätischen Bezugssystems der Landesvermessung (Geodatenbasis),
- Erhebung, Führung und Bereitstellung von raumbezogenen Basisdaten sowie deren Darstellung in den Landeskartenwerken,
- Führung des Liegenschaftskatasters,
- Durchführung von Liegenschafts-, Planungs- und Ingenieurvermessungen aller Art,
- Immobilienbewertung,
- Bodenordnungsmaßnahmen,
- Aufbau und Weiterentwicklung von digitalen geographischen Informationssystemen.

Geschäftsverlauf des Jahres 2003

Das Betriebsergebnis weist seit dem Jahr 2000 Verluste aus. Ohne Umsteuerungsmaßnahmen und strukturelle Veränderungen der innerbetrieblichen Randbedingungen sind betriebliche Verluste auch künftig nicht zu vermeiden. Im Jahr 2003 wurden daher schwerpunktmäßig entsprechende strategische Maßnahmen zwischen dem Senator für Bau und Umwelt und der Betriebsleitung entwickelt. Die wesentlichen Elemente dieser Strategie sind:

- Erlössteigerung,
- Effizienzsteigerung und
- Organisationsentwicklung.

Wirtschaftliches Ziel dieser Strategie ist ein ausgeglichenes Ergebnis ab 2006. Im Laufe des Jahres 2003 sind dafür Einzelmaßnahmen erarbeitet worden, die vor allem ab 2004 umgesetzt werden müssen. Mit messbaren Erfolgen in der Wirtschaftlichkeit wird im Jahr 2004 gerechnet.

Die einzelnen Geschäftsbereiche haben sich in 2003 unterschiedlich entwickelt.

Im Geschäftsfeld der (hoheitlichen) Liegenschaftsvermessungen hat sich auch im Jahr 2003



die relativ schwache Konjunktur fortgesetzt. Sowohl die Anzahl der eigenen Aufträge, als auch die Übernahmen von Liegenschaftsvermessungen der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure waren rückläufig. Positiv waren jedoch in diesem Segment die höheren Erlöse pro Auftrag. Im Geschäftsfeld der Ingenieurvermessung wurden erneut für das Stadtgebiet bedeutsame Bau- und Straßenbauprojekte betreut, GeoInformation ist also nach wie vor als verwaltungsinterner Vermessungs-Dienstleister im großen Umfang tätig gewesen. Erhebliche Investitionen wurden erneut auf dem Sektor Geobasisdaten getätigt. Hier geht es darum, die für Planung, Bau und Verwaltung erforderlichen Karten und Daten digital zur Verfügung zu stellen und die Grundlagen für eine Geodateninfrastruktur für E-Government-Prozesse und die Wirtschaft rasch bereitzustellen. Als Neuheiten konnten einerseits im Bereich der Luftbilderzeugnisse erstmals hochgenaue und farblich brillante Orthophotos (flächendeckende maßstäbige Luftbilder) für die Stadt Bremen gedruckt und auf den Markt gebracht werden. Daneben liefert ein neu erzeugtes Digitales Geländemodell erstmals die Datenbasis für eine genaue flächendeckende Höhen-



darstellung, die zum Beispiel als Grundlage bei Überflutungsmodellen für das Krisen- und Katastrophenmanagement oder die Versicherungswirtschaft dient.

Im Bereich der Immobilienbewertung durch den Gutachterausschuss sind erneut Zuwächse zu verzeichnen gewesen, sowohl im Umfang der durchzuführenden aktuellen Marktanalysen als auch bei der Erstellung von Gutachten, insbesondere im Zusammenhang mit der Bilanzierung von Verwaltungsgrundvermögen im Rahmen eines neuen kommunalen Finanzmanagements.

Mit einem durch verwaltungsinterne Umorganisation neu gewonnenen Team mit Kompetenzschwerpunkten im IT- und Geoinformatik-Sektor wurden die bisherigen Geschäftsfelder von GeoInformation, die Erhebung und Führung von Daten, um eine wesentliche Kompetenz erweitert: Dienstleistung rund um Geodaten und Geoinformationssysteme. Die dadurch erzeugte Dienstleistungsvielfalt schafft eine gute Basis dafür, GeoInformation Bremen als zentralen Dienstleister in der Geodateninfrastruktur Bremen zukunftsorientiert aufzubauen.

Ausblick

Der Betrieb befindet sich in einer Umbruchssituation. Die mit der Veränderung zu einem Geodatendienstleister zunehmende Ausrichtung auf IT - typische Geschäftsprozesse fordert den Beschäftigten viel Engagement und Flexibilität ab. Anpassungen an sich verändernde Geschäftsprozesse müssen hinführen zu einer pro-aktiven Markttöffnung durch jeden einzelnen Bediensteten. Hier sind zum Teil gewohnte Verhaltensmuster zu verändern.

Erste ermutigende Erfolge liegen mit den Beauftragungen für das Liegenschaftsinformationssystem Sondervermögen und der Bewertung von Verwaltungsgrundvermögen vor. Diese Anfänge gilt es jetzt konzentriert durch weitere IT – und Dienstleistungsprojekte zu verstetigen. Engagiertes Wohlwollen und Geduld sind sowohl bei den Kunden als auch bei den MitarbeiterInnen von GeoInformation Bremen die wichtigste Voraussetzung für eine gesicherte Zukunft.





Gebäude- und TechnikManagement Bremen

Eigenbetrieb der Freien Hansestadt Bremen

Unternehmensgegenstand:

Der Eigenbetrieb wurde gegründet, um für die Stadtgemeinde und das Land Bremen Dienstleistungen in der Bewirtschaftung der Gebäude und der mobilen und stationären Anlagen- und Ausstattungsgegenstände zu markt-üblichen Bedingungen zu erbringen. Die Dienstleistungen erstrecken sich auf insgesamt zehn verschiedene Geschäftsfelder und betreffen unter anderem:

- Instandhaltung der Bausubstanz und der Gebäudetechnik
- technische Betriebsführung und Wartung
- gebäudebezogenes Energiecontrolling und -management
- Hausmeister- und Hilfsdienste
- Gebäude- und Glasreinigungsdienste
- Beschaffung, Bewirtschaftung und Verwertung mobiler und stationärer Anlage- und Ausrüstungsgegenstände

Sitz des Eigenbetriebes:

Neuenstraße 16 - 20, 28195 Bremen

Stammkapital:

25.000 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100%

Geschäftsführer:

Herr Falko Spieker



Betriebsausschuss:
(Stand 31.12.2003)

Herr Senator Jens Eckhoff (Vorsitz)
Herr Rolf Herderhorst
Frau Ulrike Hövelmann
Herr Hermann Kleen
Frau Uta Kummer
Frau Karin Krusche
Herr Helmut Pflugradt
Herr Klaus May
Herr Dieter Schüler

Ressort:

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

Bilanzdaten in T€					
Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen				349	336
Umlaufvermögen				2.517	4.336
Sonstige Aktiva				0	0
RAP				1	264
Bilanzsumme	-	-	-	2.867	4.936
Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital				-701	-384
Sonderposten				0	0
Rückstellungen				2.126	4.528
Verbindlichkeiten				1.442	792
Sonstige Passiva				0	0
RAP				0	0
Bilanzsumme	-	-	-	2.867	4.936





Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse					
2 ertragswirksame Zuschüsse				14.384	17.245
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen				0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen				0	0
5 sonstige betriebliche Erträge				661	44
				539	524
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	-	-	-	15.584	17.813
6 Material				125	173
7 bezogene Leistungen				1.262	1.976
8 Personalaufwand				13.025	13.032
9 Abschreibungen				279	154
10 sonstiger betrieblicher Aufwand				1.619	2.165
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	-	-	-	16.310	17.500
III Betriebsergebnis (I-II)	-	-	-	-726	313
11 Beteiligungsergebnis				0	0
12 Zinsergebnis				7	12
IV Finanzergebnis (11+12)	-	-	-	7	12
V Ergebnis gewöhlnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	-	-	-	-719	325
13 ausserordentliches Ergebnis				0	0
14 Steuern				0	8
VI Jahresergebnis (V+13-14)	-	-	-	-719	317

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

	1999	2000	2001	2002	2003
	-	-	-	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

-	-	-	270	275
---	---	---	-----	-----

Der Eigenbetrieb ist erst im Laufe des Jahres 2002 aufgebaut worden. Die Gründung erfolgte zum 01.01.2002



Der Gebäudedienstleister für Bremen heißt GTM. Als kommunaler Eigenbetrieb zählt das Gebäude- und Technikmanagement zum Geschäftsbereich des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr in Bremen. Die Neuorganisation des kommunalen Liegenschaftswesens erforderte eine Konzentration und Professionalisierung der Kompetenzen für das Gebäudemanagement.

Heute stellt der kommunale Eigenbetrieb GTM seine Dienstleistungen für Ämter, Behörden, Schulen, Kindertagesstätten, Jugendfreizeitheime, Polizeidienststellen, Museen, Krankenhäuser und andere Kunden im öffentlichen Raum der Freien Hansestadt Bremen zur Verfügung. Die Leistung erfolgt zu marktüblichen Preisen, jedoch ohne Umsatzsteuer.

Damit auch die privatrechtlich organisierten Teile des „Konzern Bremen“ seine Dienstleistungen nutzen können, hat sich GTM mit der Facility Management Bremen GmbH (FMB) verbunden. Eine personenidentische Geschäftsführung sorgt dabei für die reibungslose und effiziente Zusammenarbeit.

Beide Unternehmen vergeben als Managementeinheiten der öffentlichen Hand viele ihrer Aufgaben. Sie nutzen das Fachwissen spezialisierter Unternehmen am Markt. Die Vorteile liegen auf der Hand: Der Aufbau eigener Kapazitäten entfällt und ein veränderter Bedarf ermöglicht flexible Reaktionen.

Erfolg hat ein solches Outsourcing jedoch nur, wenn eine professionelle eigene Organisation die Maßstäbe festlegt: Sie bestimmt die Arbeitsinhalte, sie kauft auf der Basis von VOB, VOL und VOF am Markt ein, sie steuert und sie sichert dauerhaft die Qualität. Hier liegen die Kernaufgaben von GTM und FMB.



Senator für Justiz und Verfassung

- Justiz- Dienstleistungen Bremen

Justiz - Dienstleistungen

Eigenbetrieb des Landes Bremen

Unternehmensgegenstand:

Erbringen von Dienstleistungen für den Senator für Justiz und
Verfassung

Sitz des Eigenbetriebes:

Richtweg 16 - 22, 28195 Bremen

Stammkapital:

5.112.919 €

Anteilseigner / Anteile %:

Freie Hansestadt Bremen (Land)

100%

Geschäftsführer:

Herr Horst Rauer

Betriebsausschuss:

(Stand 31.12.2003)

Herr Thomas Ehmke

Frau Marlies Marken

Herr Wolfgang Grotheer

Frau Catrin Hannken

Frau Sibylle Winther

Herrn Jan Köhler

Ressort:

Senator für Justiz und Verfassung

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

	1999	2000	2001	2002	2003
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

	173	171	148	143	119
--	-----	-----	-----	-----	-----



Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	7.816	7.808	7.562	7.287	7.035
Umlaufvermögen	667	1.216	3.398	4.359	5.904
Sonstige Aktiva	9	2	121	2	13
RAP	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	8.493	9.026	11.081	11.648	12.952
Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	7.362	7.020	6.911	6.891	6.949
Sonderposten	24	17	12	6	0
Rückstellungen	744	753	1.321	1.316	1.393
Verbindlichkeiten	363	1.237	2.838	3.435	4.610
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	8.493	9.026	11.081	11.648	12.952

Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	15.059	13.939	14.189	13.543	13.287
2 ertragswirksame Zuschüsse	0	0	0	0	0
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	0	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	223	237	865	296	327
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	15.283	14.176	15.054	13.839	13.614
6 Material	2.799	1.962	2.557	1.884	1.768
7 bezogene Leistungen	2.318	2.306	2.229	2.552	2.815
8 Personalaufwand	9.404	9.004	9.120	8.449	8.022
9 Abschreibungen	366	371	328	320	306
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	617	710	752	484	460
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	15.504	14.353	14.986	13.689	13.371
III Betriebsergebnis (I-II)	-222	-177	67	150	243
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	-140	-161	-173	-165	-182
IV Finanzergebnis (11+12)	-140	-161	-173	-165	-182
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	-361	-338	-105	-15	61
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
14 Steuern	11	4	4	4	3
VI Jahresergebnis (V+13-14)	-373	-342	-109	-19	58

Senator für Kultur

- Stadtbibliothek Bremen**
- Volkshochschule Bremen**
- Musikschule Bremen**
- Stiftung Übersee Museum**
- Stiftung Focke- Museum**





Stadtbibliothek Bremen

Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Unternehmensgegenstand:

Nutzerbedarfsorientierte Leistung eines nachhaltigen Beitrags zur Erfüllung des Bildungs-, Kultur- und Informationsauftrages der Stadtgemeinde Bremen mit einem öffentlichen, allgemein zugänglichen zentralen und dezentralen Medienangebot (Ortsgesetz).

Sitz des Eigenbetriebes:

Friedrich-Ebert-Straße 101-105, 28199 Bremen

Stammkapital:

51.129 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100%

Geschäftsführer:

Frau Barbara Lison (Direktorin)

Betriebsausschuss:
(Stand 31.12.2003)

Senator Hartmut Perschau (Vorsitz)
Frau Carmen Emigholz
Herr Jens Görtz
Herr Björn Tschöpe
Frau Sigrid Koestermann
Herr Dr. Wolfgang Schroers
Frau Dr. Helga Trüpel
Frau Ulrike Funk
Herr Manfred Schürz

Ressort:

Senator für Kultur

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	1.087	1.002	827	712	799
Umlaufvermögen	1.349	1.140	3.092	2.544	2.528
Sonstige Aktiva	78	114	0	0	56
RAP	15	4	4	0	0
Bilanzsumme	2.529	2.259	3.924	3.256	3.383

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	1.072	1.364	1.458	1.495	770
Sonderposten	0	0	0	200	235
Rückstellungen	360	636	958	1.223	1.712
Verbindlichkeiten	314	177	1.406	181	488
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	783	82	103	157	178
Bilanzsumme	2.529	2.259	3.924	3.256	3.383



Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	452	492	491	524	548
2 ertragswirksame Zuschüsse	1.417	1.328	9.020	8.961	9.065
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	7.398	7.491	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	0	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	63	122	37	27	171
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	9.331	9.433	9.548	9.512	9.784
6 Material	993	973	1.081	1.038	1.301
7 bezogene Leistungen	61	53	6	4	124
8 Personalaufwand	6.040	6.073	6.040	6.197	6.736
9 Abschreibungen	479	298	349	334	333
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	1.765	1.893	1.950	1.946	2.033
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	9.339	9.289	9.426	9.519	10.527
III Betriebsergebnis (I-II)	-8	144	122	-7	-743
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	0	-8	-4	-64	21
IV Finanzergebnis (11+12)	0	-8	-4	-64	21
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	-8	135			
13 ausserordentliches Ergebnis	-47	0	-26	20	0
14 Steuern	3	3	0	0	3
VI Jahresergebnis (V+13-14)	35	132	-26	20	-3

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

	1999	2000	2001	2002	2003
	8.665.094 €	8.473.818 €	8.763.255 €	8.988.750 €	8.621.759 €

Beschäftigte (Volumen):

157	128	128	128	133
-----	-----	-----	-----	-----

Geschäftsverlauf

Die Arbeitsschwerpunkte des Eigenbetriebes im Jahr 2003 lagen zum einen in den Vorbereitungen für die neue Zentralbibliothek, zum anderen in den Umzügen der Stadtteilbibliotheken Vahr und Huchting an die neuen Standorte.

Für einige entscheidende Maßnahmen zur neuen Zentralbibliothek wurde das vorhandene Know-how durch externes Spezialwissen bzw. durch externe Beratung verstärkt. Diese Beraterkosten und die notwendigen Informationsreisen der Beschäftigten waren nur teilweise durch das reguläre Budget gedeckt und sollten aus den Sondermitteln für die neue Zentrale (SOFI- und T.I.M.E.-Mittel) finanziert werden. Da der Eigenbetrieb erst verspätet den rechtswirksamen Zuwendungsbescheid für die Förderung der Erstinvestitionsmittel für die neue Zentralbibliothek erhalten hat, mussten diese Ausgaben teilweise vorfinanziert werden und trugen zum negativen Betriebsergebnis des Wirtschaftsjahres 2003 bei.

Die beiden neu eröffneten Stadtteilbibliotheken Vahr und Huchting haben seit ihrer Eröffnung eine Erfolgsgeschichte erlebt. Sie haben im Vergleich zu den Leistungen an ihren alten Standorten einen starken Aufschwung erfahren. Die Leistungsbilanz ist hervorragend. Die Investitionen für die Ausstattung und Einrichtung dieser Standorte und auch die höheren Mietkosten zahlen sich überproportional aus.

Die Kosten- und Leistungsrechnung weist eindeutig positive Tendenzen aus. So sind zum Beispiel wegen der extremen Ausleihsteigerung in der Vahr die Vollkosten pro Entleihvorgang im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken. Auch die Vollkosten pro Besucher sanken in beiden Zweigstellen erheblich. Diese Entwicklung bestätigt das Prinzip, Zweigstellen an Standorte zu verlegen, die eine hohe funktionale Zentralität und eine hohe Besucherfrequenz aufweisen. Diese erfolgreiche Strategie muss weiterhin die Grundlage für zukünftige Standort-Entscheidungen der Stadtbibliothek bleiben.

Die Gewinn- und Verlustrechnung des Wirtschaftsjahres 2003 weist einen Jahresfehlbetrag von TEUR 725 aus. Der Fehlbetrag ist gemäß § 10 Abs. 4 Bremisches Eigenbetriebsgesetz vorzutragen und soll in den kommenden fünf Jahren durch Überschüsse getilgt werden.

Die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes wurde durch Rückstellungen für Altersteilzeit in Höhe von TEUR 300 negativ beeinflusst.

Die Sondermittel für die Erstinvestitionen in die neue Zentralbibliothek sind im abgelaufenen Wirtschaftsjahr noch nicht bewilligt worden, der Eigenbetrieb musste somit in Vorleistung treten.

Ausblick

Im Oktober 2004 soll die neue Zentralbibliothek in der Bremer Innenstadt offiziell eröffnet werden. In das Gebäude der neuen Zentralbibliothek werden auch die Musikbibliothek, die Krimi-Bibliothek und die Graphothek sowie die Verwaltung verlegt. Im Zuge des Umzuges werden verschiedene



Standorte aufgegeben. Wegen der notwendigen Umzugsmaßnahmen muss das Angebot der Stadtbibliothek im Wirtschaftsjahr 2004 übergangsweise deutlich eingeschränkt werden.

Grundlegende Risiken, die die Betriebsleitung für den mittelfristigen Finanzplanung zugrunde liegenden Zeitraum bis 2006, für den Betrieb einschätzen konnte, wurden dem Betriebsausschuss auf den bisherigen Sitzungen vorgestellt. Als wesentliche Risiken sind zu nennen:

Die Stadtbibliothek ist auch künftig auf jährliche Betriebskostenzuschüsse in wesentlichem Umfang angewiesen, da systembedingt die eigenen Erlöse die zur Erfüllung ihrer Aufgabenstellung erforderlichen Aufwendungen nur zu einem geringen Teil (z. Zt. rd. 6%) decken können. Da die Stadtgemeinde Bremen einziger Zuschussgeber ist, wird die künftige Entwicklung der Stadtbibliothek weiterhin wesentlich von der Höhe der möglichen Zuschüsse – im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und von der politischen Willensbildung – abhängen. Eine wichtige Grundlage für die Entwicklung des Eigenbetriebes wäre eine durch mehrjährige Kontrakte fundierte Planungssicherheit.

Die Perspektiven des Eigenbetriebes hängen stark von der Umsetzung des politisch zu verankernden neuen Standortkonzeptes ab. Hier ist nicht nur die finanzielle Ausrichtung des Eigenbetriebes von Relevanz, ausschlaggebend werden auch die diesbezüglichen Anforderungen der Politik an zu realisierende Standorte der Stadtbibliothek sein. Die Aufgabe von bzw. die Leistungsreduzierung bei unrentablen bzw. ineffizienten Standorten zugunsten von verbesserten Output-Kosten muss weiter diskutiert werden.

Gemäß einer Weisung des Senators für Kultur sollen Lehrer, die an den verschiedenen Standorten der Schulbibliotheken eingesetzt werden, zu der Stadtbibliothek versetzt werden. Bisher wurden die entsprechenden Personalaufwendungen nicht von der Stadtbibliothek getragen. Aus der Versetzung würden sich künftig wesentliche finanzielle und wirtschaftliche Konsequenzen für die Stadtbibliothek ergeben. Die bisher vorliegenden Zusagen seitens des Kulturressorts zur Deckung der entsprechenden Personalaufwendungen lassen erhebliche finanzielle Risiken für die Stadtbibliothek erkennen. Zur Deckung des entsprechenden Finanzbedarfs werden voraussichtlich deutlich höhere Mittelzuweisungen benötigt, als bisher in den übergeordneten Planungen veranschlagt worden sind. Die Betriebsleitung hat daher bisher der dauerhaften Versetzung der Lehrer nicht zugestimmt.

Die Investitionskosten der neuen Zentrale sind vor allem für einige unvorhersehbare, notwendige, aber nicht vom Vermieter getragene Maßnahmen, die nicht in der ursprünglichen Baubeschreibung von 2001 abgedeckt sind (z.B. Sicherungen an Notausgängen; verbesserte Beleuchtung), deutlich gestiegen. Auch in anderen Bereichen der Einrichtung und Ausstattung sind Kostenüberschreitungen zu erwarten. Allerdings werden sich in verschiedenen Bereichen durch Ausschreibungen voraussichtlich auch niedrigere Investitionskosten ergeben. Finanzielle Risiken aus Mehrkosten für Investitionen können nicht ausgeschlossen werden. Es ist für die

Erstinvestitionen der neuen Zentrale von der Ausschöpfung aller Ressourcen, vor allem auch der dafür vorgenommenen Rücklagen, auszugehen.

Im Berichtsjahr sind die bereits bekannten baulichen Probleme an einigen Standorten weiterhin virulent. Dies kann in der Zukunft zu längeren Schließungen und damit zu Leistungs- und Einnahmeverlusten führen. In der Gesamtschule Osterholz wird eine umfangreiche PCB-Sanierung durchgeführt, von der ab 2005 auch die Bibliotheksflächen betroffen sein werden. Wenn sich bis dahin die Stadtteilbibliothek Osterholz noch immer an diesem Standort befinden sollte, ist trotz eines beabsichtigten Übergangsquartiers mit deutlichen Leistungsverlusten zu rechnen. Die Sanierungsmaßnahmen in dem Schulzentrum Julius-Brecht-Allee sind im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen worden.

Der Wirtschaftsplan 2004 beinhaltet zunächst eine Kürzung um nominal rund 1%. Eingerechnet wurden die möglichen Effekte aus Reduzierungen tariflicher Zahlungen (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld), deren Rechtmäßigkeit jedoch nicht von beiden Tarifvertragsparteien anerkannt ist. Sollten diese Effekt doch nicht greifen, sieht der Senator für Kultur einen finanziellen Ausgleich dieser Effekte zugunsten des Eigenbetriebes vor.



Innenansicht der neuen Bibliothek





Bremer Volkshochschule

Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Unternehmensgegenstand:

Bereitstellung eines öffentlich verantworteten, allgemein zugänglichen, zentralen und dezentralen, kontinuierlichen und breiten Angebots an allgemeiner, beruflicher und politischer Weiterbildung sowie Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten zur Förderung der Orientierung im gesellschaftlichen Umfeld, der Urteilsbildung und der aktiven Lebensgestaltung für Erwachsene. (Ortsgesetz)

Sitz des Eigenbetriebes:

Schwachhauser Heerstraße 67, 28211 Bremen

Stammkapital:

51.129 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100,00%

Geschäftsführer:

Frau Dr. Barbara Loer

Betriebsausschuss:
(Stand 31.12.2003)

Senator Hartmut Perschau (Vorsitz)
Frau Carmen Emigholz
Herr Jens Görtz
Herr Björn Tschöpe
Frau Sigrid Koestermann
Herr Dr. Wolfgang Schroers
Frau Dr. Helga Trüpel
Frau Dr. Almut Schwerd
Herr Manfred Schürz

Ressort:

Senator für Kultur

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	453	460	410	469	439
Umlaufvermögen	786	1.304	1.291	818	739
Sonstige Aktiva	0	0	0	0	0
RAP	6	1	0	0	0
Bilanzsumme	1.245	1.765	1.701	1.287	1.178

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	306	346	348	278	280
Sonderposten	0	55	39	24	8
Rückstellungen	286	356	313	428	320
Verbindlichkeiten	527	874	895	517	441
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	126	133	105	40	130
Bilanzsumme	1.245	1.765	1.701	1.287	1.178



Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	3.274	3.195	3.295	3.576	3.221
2 ertragswirksame Zuschüsse	983	803	646	806	839
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	2.481	2.641	3.001	2.828	2.923
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	0	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	31	108	100	206	116
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	6.769	6.746	7.042	7.416	7.099
6 Material	1.485	1.507	1.438	1.574	1.306
7 bezogene Leistungen	1.757	1.915	1.998	2.134	1.994
8 Personalaufwand	2.728	2.591	2.819	3.006	3.035
9 Abschreibungen	250	219	252	218	205
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	461	468	524	572	607
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	6.680	6.700	7.030	7.504	7.147
III Betriebsergebnis (I-II)	89	47	12	-88	-48
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	-10	-7	-4	8	2
IV Finanzergebnis (11+12)	-10	-7	-4	8	2
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	79	40	8	-80	-46
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	-6	9	49
14 Steuern	0	0	0	0	0
VI Jahresergebnis (V+13-14)	79	40	2	-71	3

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
 (ohne Investitionen)**

	1999	2000	2001	2002	2003
	3.291.659 €	3.282.827 €	3.423.390 €	3.381.178 €	3.478.641 €

Beschäftigte (Volumen):

47	50	55	54	54
----	----	----	----	----

Historie

Die Bremer Volkshochschule ist die älteste und einzige kommunale Weiterbildungseinrichtung in Bremen und über die Landesgrenzen hinaus. Gemessen an den durchgeführten Unterrichtsstunden und an der Anzahl der Teilnehmer ist sie zudem die größte Weiterbildungseinrichtung Bremens.

Geschäftsverlauf

Auf dem Gebiet der allgemeinen Weiterbildung, ihrem Angebots-Schwerpunkt, ist die Bremer Volkshochschule im Jahr 2003 der bedeutendste und größte Anbieter in der Stadtgemeinde geblieben. Dem entsprechen die von der VHS vorgenommenen Schwerpunktsetzungen auf diesem Gebiet der Weiterbildung, die insbesondere in den Bereichen Gesundheitsbildung und Fremdsprachenerwerb stetig ausgebaut worden sind. Ihrem kommunalen Auftrag folgend, hat die Bremer VHS in den Ausbau ihrer Angebote stets auch das wichtige Gebiet „Deutsch als Fremdsprache“ einbezogen; vergleichbare Absichten auf dem Gebiet der kulturellen Bildung sind bislang stets an den fehlenden räumlichen Voraussetzungen gescheitert.

Die *insgesamt* rückläufige Entwicklung der Landesförderung nach den Richtlinien des Weiterbildungsgesetzes und die Einschränkung der Fördertatbestände haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass der Anteil der politischen Weiterbildung tendenziell stetig abgenommen hat; dies gilt – mit Ausnahme von Arbeit und Leben – für alle bremischen Weiterbildungsträger. Ausgehend von ihrem aus der Landesverfassung abgeleiteten Auftrag hat die Bremer Volkshochschule seit 2002 mit Erfolg daran gearbeitet, dieser Tendenz entgegenzuwirken; gemessen an den Aktivitäten vergleichbarer großstädtischer Volkshochschulen und trotz des Fehlens geeigneter Räume nimmt sie mittlerweile wieder eine führende Position ein.

Im Bereich der beruflichen Weiterbildung haben sich in den vergangenen Jahren die einzelnen Weiterbildungseinrichtungen deutlich spezialisiert; dies nutzt die Bremer VHS für neue Formen der Kooperation bei komplexen, modular angelegten und berufsbegleitenden Qualifizierungsmaßnahmen. Dabei ist allerdings zu betonen, dass auf dem Feld der beruflichen Weiterbildung der Aspekt der Konkurrenz erheblich stärker wirksam wird als der Aspekt der Kooperation, zu der sich die Bremer Volkshochschule ihrerseits angesichts ihrer mehr als 250 Kooperationspartner in der Stadt ausdrücklich bekennt. Die Bremer Volkshochschule hat sich auf dem Feld der beruflichen Weiterbildung vor allem in den Bereichen Management für Non-Profit-Organisationen, personenbezogene Qualifizierung für soziale und kulturelle Dienstleistungen, Netzwerktechnik und Qualifizierung für multimediale Berufsfelder deutlich profiliert. Das Profil der Bremer VHS als faktisch einziger Anbieter beruflicher Fortbildung auf dem Medienfeld Funk/Bild/Ton soll ebenfalls weiter geschärft werden. Die VHS hat im übrigen bereits im Jahr 2003 damit begonnen, ihre Kontakte zu den Bremer Unternehmen und ihre Bemühungen um Fortbildungsaufträge der Betriebe zu verstärken; dies wird künftig ein wichtiger Aspekt ihrer Arbeit auf dem Gebiet der beruflichen Weiterbildung sein.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Eigenbetriebes ist im Jahr 2003 aus Sicht der Betriebsleitung aufgrund erheblicher Anstrengungen des gesamten Kollegiums – trotz der Schwierigkeiten auf dem Weiterbildungsmarkt und trotz der unerfreulichen ökonomischen Entwicklung – zufriedenstellend verlaufen. Dies gilt, obwohl die



Umsatzerlöse, verursacht durch den Rückgang bei den seitens der BA geförderten Qualifizierungsmaßnahmen, geringer ausgefallen sind als geplant.

Die Erlöse aus Teilnehmergebühren blieben ebenfalls unter der Planung. Einerseits waren angenommene Gebührensteigerungen wegen der wirtschaftlichen Lage nicht im geplanten Umfang umsetzbar. Andererseits hat die Bremer Volkshochschule erstmals die verbesserten buchhalterischen Möglichkeiten der neuen Software nutzen können und auf dieser Basis eine – im Vergleich zum Vorjahr – um 90.000 € höhere Abgrenzung zum Jahr 2004 vorgenommen. Lässt man diese neu eingeführte Form der Abgrenzung außer Betracht, konnte das Gebührenaufkommen gegenüber dem Vorjahr trotz nicht realisierter Gebührenerhöhungen um 2,5 % gesteigert werden.

Die bereits für das Jahresende 2001 geplante Versetzung der abgeordneten Lehrerinnen und Lehrern konnte zum Ende des Jahres 2003 endlich realisiert werden. Für die Jahre 2004 und 2005 sind die Mittel für die ehemaligen Lehrkräfte in den Haushalt der Bremer Volkshochschule eingestellt worden.

Die Ziele der Leistungsvereinbarung mit dem Senator für Kultur wurden im Jahr 2003 in quantitativer und qualitativer Hinsicht erreicht. Besonders hinzzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, dass das Qualitätsmanagement-System durch eine Reihe von Revisionen weiter erheblich verbessert werden konnte; diese Verbesserung wurde bei der Durchführung des externen Audits Anfang 2003 glänzend bestätigt.

Die positiven Prognosen für die gemeinsam mit der Volkshochschule Bremerhaven entwickelte „BildungPlus e-learning GmbH“ haben sich nicht bestätigt.

Ausblick

Die Betriebsleitung rechnet grundsätzlich mit einer weiteren positiven Entwicklung des Eigenbetriebs. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass diese Entwicklung in den kommenden Jahren durch die im folgenden aufgelisteten Risikofaktoren nachhaltig beeinträchtigt werden kann:

- 1. Das in den Lageberichten für die vergangenen Jahre nachdrücklich und stetig erläuterte Risiko, das sich aus dem bereits erwähnten Fehlen eines innerstädtischen Veranstaltungszentrums ergibt, hat sich wegen der zunehmenden Konkurrenzen auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung deutlich erhöht.**
- 2. Das wirtschaftliche Risiko in der Bremer VHS erhöht sich ferner kontinuierlich, sofern die Einrichtung alle Tarif- und Betriebskostensteigerungen auch weiterhin selbst wird erwirtschaften müssen.**
- 3. Aufgrund der unter Punkt 2 beschriebenen Situation kann die Bremer VHS ihre Personalkapazitäten nicht, wie es dringend erforderlich wäre, halten, geschweige denn ausweiten. Die VHS hat 2003 aufgrund der beschriebenen finanziellen Zwänge die Stelle eines hauptamtlichen Pädagogen eingespart. Jede weitere Stellenstreichung wird künftig zur Streichung des mit dieser Stelle verbundenen Sachgebiets führen müssen.**
- 4. Die Bremer VHS ist der mit Abstand größte Anbieter auf dem Gebiet „Deutsch als Fremdsprache“ und wird folglich vom Fortgang des nach wie vor geplanten Gesetzgebungsverfahrens für ein neues Zuwanderungsgesetz unmittelbar tangiert.**



5. Wie bereits kurz erläutert, werden Infrastruktur und Angebot der Bremer Volkshochschule von den neuen Regelungen auf dem Gebiet der Förderung beruflicher Weiterbildung bislang nicht gefährdet. Allerdings kann die geplante Umsetzung dieser Regelungen – soweit derzeit absehbar – dazu führen, dass Inhaber/innen von Bildungsgutscheinen die grundsätzlich frei zugänglichen beruflichen Qualifizierungsangebote der Volkshochschulen nicht besuchen dürfen.



Musikschule Bremen

Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Unternehmensgegenstand:

Erteilung eines qualifizierten und kontinuierlichen Unterrichtes in Grundfächern, Instrumental- und Vokalfächern, Ensemble- und Ergänzungsfächern, studienvorbereitender Ausbildung, Modellversuche, zielgruppenorientierter Unterricht, Weiterbildungskurse und Projekte, Planung, Organisation und Durchführung öffentlicher Konzerte der Musikschüler. Der Eigenbetrieb kooperiert mit örtlichen und überörtlichen Einrichtungen und Unternehmen, insbesondere mit allgemeinbildenden Schulen, Kindergärten, dem Dt. Musikrat und seinen Institutionen sowie dem VDM.

Sitz des Eigenbetriebes:

Schleswiger Straße 4, 28219 Bremen

Stammkapital:

51.129 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100%

Geschäftsführer:

Herr Prof. Heiner Buhlmann





Betriebsausschuss:
(Stand 31.12.2003)

Herr Hartmut Perschau (Vorsitz)
Frau Carmen Emigholz
Herr Jens Görtz
Frau Sigrid Koestermann
Herr Dr. Wolfgang Schrörs
Frau Dr. Helga Trüpel
Herr Björn Tschörpe
Frau Sabine Vaßmers-Seib
Frau Rosemarie Brase

Ressort:

Senator für Kultur

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	255	219	188	188	185
Umlaufvermögen	179	703	800	541	734
Sonstige Aktiva	0	0	0	0	0
RAP	0	0	3	0	0
Bilanzsumme	434	922	991	729	919

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	316	444	471	491	579
Sonderposten	0	0	0	0	40
Rückstellungen	44	40	41	90	80
Verbindlichkeiten	72	436	476	145	217
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	2	2	3	3	3
Bilanzsumme	434	922	991	729	919



Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	707	641	692	685	721
2 ertragswirksame Zuschüsse	125	90	1.652	1.666	1.766
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	1.428	1.640	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	0	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	75	23	26	19	28
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	2.334	2.394	2.370	2.370	2.514
6 Material	31	34	39	45	48
7 bezogene Leistungen	24	26	35	115	185
8 Personalaufwand	2.170	2.004	2.063	1.942	1.855
9 Abschreibungen	58	55	51	52	72
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	130	148	156	201	273
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	2.413	2.267	2.344	2.355	2.434
III Betriebsergebnis (I-II)	-79	127	26	15	81
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	0	0	0	8	6
IV Finanzergebnis (11+12)	0	0	0	8	6
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	-79	127	26	23	87
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	2	-3	0
14 Steuern	0	0	0	0	0
VI Jahresergebnis (V+13-14)	-79	127	28	20	87

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

1999	2000	2001	2002	2003
1.503.552 €	1.680.938 €	1.603.987 €	1.616.996 €	1.717.147 €

Beschäftigte (Volumen):

42	42	41	37	34
----	----	----	----	----



Geschäftsverlauf

Die Musikschule Bremen hat das Geschäftsjahr 2003 mit einem Plus von EUR 87.105,30 abgeschlossen. Dieser Betrag soll in die allgemeine Rücklage eingestellt werden. Es bleibt festzuhalten, dass Kostenverlagerungen und die Steigerung der Umsatzerlöse die wesentlichen Ursachen für den Jahresüberschuss sind.

Mit der Buchführung, Kosten- und Leistungsrechnung sowie Anlagenbuchführung war wie bisher im Wesentlichen die Bremer Volkshochschule beauftragt worden, da der Musikschule für diese Aufgabe kein ausreichendes Personal zur Verfügung steht. Die Musikschule wird für diesen Bereich bei der VHS als Kundin geführt. Die bisherigen zeitlichen Abstimmungsprobleme konnten im Wesentlichen beseitigt werden, so dass Verzögerungen in den Bearbeitungsabläufen weitgehend vermieden wurden.

Der fehlende Geschäftsführer und die Bewältigung der vielen neuen und insgesamt sehr umfassenden Aufgaben mit dem bestehenden Personal wurden weiterhin durch Aufgabenverteilungen aufgefangen.

Die Musikschule ist weiterhin mit Erfolg bestrebt, neue Zielgruppen für den Musikunterricht zu interessieren. Diese Interessengewinnung erfolgt durch genau auf die Zielgruppen abgestimmte Konzerte der Fachklassen und großangelegte Projekte wie z.B. „Broadway meets Hollywood“, „Block-flötenspektakel“, „Klaviertag“, „Spaß mit Geigen“ oder den „Musikschultag“ in Bremens Konzerthaus „Die Glocke“. Vor allem aber gehört das Konzert „Musik und Licht am Hollersee“ dazu, das unterdessen weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt ist. Dieses Konzert des Jugendsinfonieorchesters Bremen findet nunmehr seit 15 Jahren im Herbst eines jeden Jahres statt und wird regelmäßig von 20.000 bis 25.000 Zuhörerinnen und Zuhörern besucht. Ein überwiegender Teil der Konzertbesucher sind jugendliche Zuhörerinnen und Zuhörer.

Die Konzerte für Kinder im Bremer Theater am Goetheplatz sind gezielt ausgerichtet auf die Altersgruppe bis zu 12 Jahren und finden seit nunmehr 22 Jahren vor ausverkauftem Hause statt.

Gemeinsam mit den Bremer Philharmonikern führt das Jugendsinfonieorchester Bremen seit 3 Jahren die Jugendkonzerte durch. Das 1. Konzert stand unter dem Thema „Abseits“ und befasste sich mit dem Fußball und der Musik. Schirmherr und Ehrengast war Marco Bode. Das 2. Konzert stand unter dem Thema „Eine Reise durch's Orchester“ und stellte die Instrumente eines Sinfonieorchesters vor. Unter dem Thema „Galaktisch“ stand das letzte Konzert im November 2003. Schirmherr und Ehrengast war der Astronaut Dr. Ulf Merbold. Wie in jedem Jugendkonzert wurde auch in diesem Konzert ein zeitgenössisches Werk gespielt (John Maxwell Geddes „Voyager“). Der schottische Komponist war persönlich anwesend und gab kurze Erklärungen zu seinem Werk ab.





Im 1. Jahr besuchten nur ca. 500 Besucher das Konzert. Im 2. Jahr waren es bereits 900, und das letzte Jugendkonzert im November des vergangenen Jahres war mit 1.350 Zuhörerinnen und Zuhörern fast ausverkauft.

Die Motivation ist erreicht. Die Schülerinnen und Schüler haben großes Interesse an der Musik gefunden und möchten nun selber ein Musikinstrument erlernen. Dieses geschieht mit der Einrichtung der „Bläserklassen“, die unterdessen von der Musikhochschule an verschiedenen Schulen angeboten und mit großer Resonanz besucht werden. Weitere neue Unterrichtsangebote der Musikhochschule werden mit großem Interesse besucht („Drums for kids“, „Jazzwork-shop-Ensemble“)

Die musikhochschuleigene wöchentliche Rundfunksendung „Quodlibet“ im Offenen Kanal Bremen begleitet seit fast 10 Jahren einen großen Teil der Veranstaltungen und hat sich unterdessen einen sehr großen Hörerstamm erarbeitet. Der Empfang ist weltweit im Internet möglich:

Fm 92,5 - Bremer Kabelnetz 101,85 - <http://www.ok-bremen.de/ra/raSt/raSt.php>

Insgesamt veranstaltete die Musikhochschule Bremen im Berichtsjahr 218 Konzerte mit fast 75.000 Zuhörerinnen und Zuhörern.

Ausblick

Die Musikhochschule Bremen ist bestrebt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten das Unterrichtsangebot auszubauen und den sich verändernden Bedürfnissen anzupassen. Ein erster Schritt ist durch Kooperation mit drei allgemeinbildenden Schulen und die Integration von Instrumentalunterricht in den Stundenplan durch Umsetzung des Bläserklassenkonzepts schon gelungen. Für das Jahr 2004 ist die Aufnahme von zwei neuen Schulen sowie der Aufbau von zwei neuen Bläserklassen mit den bereits in Kooperation mit der Musikhochschule Bremen stehenden Schulen geplant. Sofern sich die finanzielle Lage der Schule stabil hält, ist auch in den traditionellen Disziplinen ein leichter Anstieg der Schülerzahlen realistisch. Die allgemeine wirtschaftliche Lage und die demoskopischen Zahlen lassen hier allerdings nur begrenzte Steigerungen der Zahlen erwarten.

Neben der Ausdehnung des Unterrichtsangebotes ist für 2004 eine wesentliche Investition geplant. Ein Flügel der Firma Steinway soll die Instrumentenpalette qualitativ erweitern und ist für die Anforderungen an einen Konzertraum in der Schleswiger Str. sowie für den fortgeschrittenen Unterricht erforderlich.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das wirtschaftliche Ergebnis der Musikhochschule Bremen für 2004 bei gleichbleibenden Zuschüssen im Wesentlichen auf dem Vorjahresniveau erwartet wird. Durch den verstärkten Einsatz von Lehrkräften, die auf Honorarbasis Unterricht erteilen, können Tarifsteigerungen ausgeglichen und das Angebot aufrecht erhalten werden. Es muss an dieser Stelle allerdings erneut darauf hingewiesen werden, dass der Einsatz von Honorarlehrkräften immer ein Risiko mit sich bringt: Sollten sich die an der Musikhochschule Bremen unterrichtenden Honorarkräfte als abhängig beschäftigte Mitarbeiter gerichtlich einklagen, bestände hier für die Schule ein nicht absehbares wirtschaftliches Risiko.



**Übersee - Museum
(Stiftung des öffentlichen Rechts)**

Unternehmensgegenstand:

Führung des Museums als öffentliche Einrichtung der Kultur, der Bildung und der Wissenschaft. Aufgabe ist, die Sammlungen durch Ausstellungen und andere Veranstaltungen der Allgemeinheit zugänglich zu machen, sie zu bewahren und zu erweitern sowie sie durch Forschung, Dokumentation und Publikation zu erschließen.

Sitz der Stiftung:

Bahnhofsplatz 13, 28195 Bremen

Stammkapital:

6.156.058 €

Anteilseigner / Anteile %:

Freie Hansestadt Bremen (Land) 100%

Geschäftsführer:

Herr Dieter Pleyn (kaufmännischer Geschäftsführer)

Frau Dr. Wiebke Ahrndt (Direktorin)

Stiftungsrat:

(Stand 31.12.2003)

Frau Elisabeth Motschmann (Vorsitz)

Herr Ralf Gerth

Herr Arend Vollers

Herr Dr. Wolfgang Schrörs

Frau Dr. Martha Pohl

Ressort:

Senator für Kultur

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	5.417	4.724	4.038	3.701	4.708
Umlaufvermögen	1.629	2.452	3.262	4.132	3.050
Sonstige Aktiva	35	115	0	0	0
RAP	0	2	3	2	0
Bilanzsumme	7.080	7.292	7.302	7.835	7.758

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	6.543	6.900	6.876	6.750	6.648
Sonderposten	0	0	0	0	0
Rückstellungen	275	269	270	255	330
Verbindlichkeiten	262	122	156	830	780
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	7.080	7.292	7.302	7.835	7.758

Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	373	667	452	478	435
2 ertragswirksame Zuschüsse	3.987	3.875	3.927	3.399	4.286
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	0	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	73	274	425	606	628
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	4.432	4.815	4.805	4.483	5.350
6 Material	7	58	48	28	61
7 bezogene Leistungen	303	583	436	261	456
8 Personalaufwand	1.818	1.667	1.940	2.138	2.490
9 Abschreibungen	853	904	936	804	887
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	1.331	1.293	1.507	1.475	1.584
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	4.312	4.504	4.866	4.706	5.477
III Betriebsergebnis (I-II)	120	311	-61	-223	-127
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	0	0	0	0	0
IV Finanzergebnis (11+12)	0	0	0	0	0
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	120	311	-61	-223	-127
13 ausserordentliches Ergebnis	-117	46	37	97	26
14 Steuern	0	0	0	0	0
VI Jahresergebnis (V+13-14)	3	357	-24	-126	-102

Zuschüsse aus dem Haushalt: (ohne Investitionen)	1999	2000	2001	2002	2003
	2.728.396 €	3.041.675 €	4.370.383 €	3.399.720 €	3.453.400 €
Beschäftigte (Volumen):					
	61	47	42	43	37



Auslegerboot

Geschäftsverlauf 2003

Die Ausschreibungen für die neue Dauerausstellung „Ozeanien – Lebenswelten in der Südsee“ wurden zum Jahresende 2002 veröffentlicht. Vergabe und Baubeginn erfolgten in 2003. Die Eröffnung der Ausstellung fand mit großer Medien- und Besucherresonanz Ende November 2003 statt. Mit der Übergabe dieser Dauerausstellung hat das Museum den ersten Schritt hin zur Umgestaltung aller Ausstellungsbereiche bis zum Jahr 2010 getan.

Die über den Jahreswechsel 2002/2003 gezeigte Ausstellung „Schokolade – Die süßen Seiten Bremens“ war mit insgesamt 161.250 Besuchern sehr erfolgreich und konnte viele Besucher auch außerhalb Bremens gewinnen. Der Pressespiegel zeigt eine große überregionale Resonanz.

Als Begleitausstellung zum 54. International Astronautical Congress und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Bremen in 2003 den Vorsitz des Ariane-Städtebundes führte, wurde die Ausstellung „Von Bremen in fremde Galaxien – Raumfahrt und die Mission Erde“ konzipiert, die der Öffentlichkeit vom 21. Juni bis zum 5. Okt. 2003 präsentiert wurde. Wie bei der Schokoladenausstellung auch hat das Museum eng mit den in diesem Wirtschaftsbereich agierenden Bremer Firmen sowie den Wissenschaftseinrichtungen kooperiert.

Die „Lange Nacht der Museen“ wurde unter wesentlicher Federführung des Übersee-Museums erneut durchgeführt. Das Haus hat ein umfangreiches Programm geboten und konnte über 6.000 Besucher zählen.

Der Verlust des Jahres 2003 ist primär auf die Einschränkungen aufgrund der Baumaßnahmen zurück zu führen.

Ausblick

Parallel mit der Neugestaltung der Dauerausstellungen erarbeitet sich das Übersee-Museum ein attraktives und unverwechselbares Profil. Die strikte Umsetzung des darauf basierenden Marketingkonzeptes soll mittelfristig zu stetig steigenden Besucherzahlen und zu noch stärkerer Verankerung des Hauses in der öffentlichen Wahrnehmung führen, um so auch den Spenden- und Sponsoringanteil an den Eigeneinnahmen zu erhöhen. Dennoch bleibt das Museum mit der Eröffnung bzw. vorgesehenen Eröffnung weiterer attraktiver Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven (Universum, Botanika, Klimahaus, Visionarium, Auswanderermuseum) einem zunehmenden Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Ob dieses auf Dauer aufgefangen werden kann, bleibt stetig zu beobachten um rechtzeitig reagieren zu können.



Haraiga Masken



Focke - Museum

(Stiftung des öffentlichen Rechts)

Unternehmensgegenstand:

Führung des Museums als öffentliche Einrichtung der Kultur, der Bildung und der Wissenschaft. Aufgabe ist, die Sammlungen durch Ausstellungen und andere Veranstaltungen der Allgemeinheit zugänglich zu machen, sie zu bewahren und zu erweitern sowie sie durch Forschung, Dokumentation und Publikation zu erschließen.

Sitz der Stiftung:

Schwachhauser Heerstraße 240, 28213 Bremen

Stammkapital:

1.022.584 €

Anteilseigner / Anteile %:

Freie Hansestadt Bremen (Land)

100%

Geschäftsführer:

Herr Prof. Dr. Christiansen

Herr Eckhard Lehmann

Stiftungsrat:
(Stand 31.12.2003)

Frau Elisabeth Motschmann (Vorsitz)
Frau Dr. Rita Mohr-Lüllmann
Herr Dieter Meyer
Herr Prof. Dr. Michael Müller
Herr Dr. Dietrich Zeyfang

Ressort:

Senator für Kultur

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	2.626	2.205	1.758	1.979	2.307
Umlaufvermögen	691	1.302	1.763	1.505	1.740
Sonstige Aktiva	0	0	0	0	0
RAP	5	4	45	4	1
Bilanzsumme	3.323	3.511	3.566	3.488	4.048

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	2.613	2.713	2.736	2.734	2.788
Sonderposten	553	484	415	345	548
Rückstellungen	103	52	64	65	40
Verbindlichkeiten	54	263	350	344	636
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	0	0	0	0	36
Bilanzsumme	3.323	3.511	3.566	3.488	4.048

Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	93	107	142	154	99
2 ertragswirksame Zuschüsse	0	0	2.292	2.036	2.322
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	1.962	1.905	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	0	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	196	575	221	735	516
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	2.250	2.587	2.655	2.925	2.937
6 Material	11	5	26	18	10
7 bezogene Leistungen	91	265	176	161	244
8 Personalaufwand	1.009	1.090	1.315	1.543	1.593
9 Abschreibungen	539	567	552	585	402
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	571	561	640	633	657
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	2.221	2.488	2.708	2.940	2.906
III Betriebsergebnis (I-II)	30	98	-53	-15	31
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	0	2	12	13	5
IV Finanzergebnis (11+12)	0	2	12	13	5
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	30	100	-41	-2	36
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	66	0	18
14 Steuern	1	1	1	1	0
VI Jahresergebnis (V+13-14)	29	100	24	-3	54

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

1999	2000	2001	2002	2003
1.505.450 €	1.448.490 €	1.572.314 €	1.579.560 €	1.865.641 €

Beschäftigte (Volumen):

22	22	22	22	23
----	----	----	----	----

Historie

Das Ausstellungsprogramm des Focke-Museums bedient entsprechend dem Profil und Stiftungszweck des Hauses die Bereiche Stadtgeschichte und angewandte Kunst, Fotografie und Kulturgeschichte.

Als wissenschaftliche Einrichtung dient das Museum als vielfältig genutzte Quelle, wie Nutzung der Bibliothek und des Bildarchivs sowie Ausleihe von Sammlungsgegenständen aus den Magazinen. Dazu kommt die Rolle als Ausbildungs- und Fortbildungseinrichtung.

Geschäftsverlauf 2003

2003 wurden folgende wesentliche Sonderausstellungen und Veranstaltungen im Focke-Museum gezeigt:

- **Eröffnung Schaumagazin**
- **Eröffnung einer weiteren Neueinrichtung mit „Fockes Labor“**
- **Expo Bremen und seine Stadtteile**
- **Die Bremer Altstadt. Wanderungen in die Vergangenheit**
- **Archäologie des Mittelalters**
- **Drei Großveranstaltungen im Freien: Mühlentag, Lange Nacht der Museen und Fockes Fest verbunden mit der Expo Bremen**
- **Konzerte in „Fockes Pavillon“**
- **Wiedereröffnung des Restaurants „Focke’s“ mit neuer Einrichtung und neuem Konzept**

Im Vergleich zu 2002 sind die Besucherzahlen von 68.120 um 2.993 (4,4 %) auf 71.113 angestiegen.

Im Berichtsjahr wurden fast 1.000 Führungen angeboten.

Auf eigene Rechung konnten im Berichtsjahr keine Sammlungsgegenstände erworben werden.

Ausblick

Für das Jahr 2004 bis 2006 sind folgende Sonderausstellungen und Programme geplant:

- **Sonderausstellung „Wohnen in Bremen“**
- **Sonderausstellung zum Rolandjubiläum**
- **Sonderausstellung zur Angewandten Kunst**



- **Jahresausstellung der Arbeitsgemeinschaft Kunsthandwerk**
- **Lange Nacht der Museen**
- **Mühlentag**
- **Fockes Fest**
- **Sonntagskonzerte, -lesungen, - Theater im Veranstaltungspavillon**
- **Zum Jahresbeginn 2005: Neueröffnung von Haus Riensberg**
- **Zum Jahresbeginn 2006: eine archäologische Ausstellung zum 125 jährigen Gedenken an den Vesuvausbruch zur Stadt Herculaneum**



Ausstellung „Hören“

Senator für Finanzen

- Performa Nord**
- fidatas**



Performa Nord

Landeseigenbetrieb der Freien Hansestadt Bremen

Unternehmensgegenstand:

Personal-, Finanz-, Organisations-, Management- Dienstleistungen

Sitz des Eigenbetriebes:

Schillerstraße 1, 28195 Bremen

Stammkapital:

4.090.335 €

Anteilseigner / Anteile %:

Freie Hansestadt Bremen (Land)

100,00%

Geschäftsführer:

Herr Gerhard Godehus-Meyer

Betriebsausschuss:
(Stand 31.12.2003)

Herr Senator Dr. Ulrich Nußbaum (Vorsitz)
Herr Rolf Herderhorst
Herr Jan Köhler
Frau Ingrid Reichert
Herr Dr. Joachim Schuster
Frau Sandra Speckert
Frau Cornelia Wiedemeyer
Herr Martin Albert
Frau Ina Menzel

Ressort:

Senator für Finanzen

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	-	5.270	4.942	4.625	4.422
Umlaufvermögen	-	1.605	5.310	4.958	6.404
Sonstige Aktiva	-	0	0	0	0
RAP	-	0	0	0	0
Bilanzsumme	0	6.875	10.252	9.583	10.826

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	-	4.962	4.962	4.962	4.962
Sonderposten	-	0	0	0	0
Rückstellungen	-	1.580	2.800	3.690	5.287
Verbindlichkeiten	-	333	2.490	931	573
Sonstige Passiva	-	0	0	0	0
RAP	-	0	0	0	4
Bilanzsumme	0	6.875	10.252	9.583	10.826

Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	-	15.243	15.388	18.212	16.947
2 ertragswirksame Zuschüsse	-	0	0	0	0
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	-	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	-	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	-	1.238	1.532	1.697	2.408
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	0	16.481	16.920	19.909	19.355
6 Material	-	0	0	0	0
7 bezogene Leistungen	-	3.323	2.892	5.917	4.239
8 Personalaufwand	-	11.930	12.227	12.626	13.641
9 Abschreibungen	-	445	489	455	390
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	-	741	1.230	787	961
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	-	16.440	16.838	19.785	19.231
III Betriebsergebnis (I-II)	-	41	82	124	124
11 Beteiligungsergebnis	-	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	-	-41	-82	-123	-123
IV Finanzergebnis (11+12)	0	-41	-82	-123	-123
V Ergebnis gewöhl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	-	1	1	1	1
13 ausserordentliches Ergebnis	-	0	0	0	0
14 Steuern	-	1	1	1	1
VI Jahresergebnis (V+13-14)	-	0	0	0	0

Zuschüsse aus dem Haushalt: (ohne Investitionen)

1999	2000	2001	2002	2003
-	0 €	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

-	227	225	243	237
---	-----	-----	-----	-----

Historie

01.01.2000 Gründung von „Performa Nord“, Eigenbetrieb des Landes Bremen mit Inkrafttreten des Gesetzes über den Eigenbetrieb Performa Nord - Personal, Finanzen, Organisation, Management als Nachfolgerin der ehemaligen Senatskommission für das Personalwesen (SKP) unter Einbeziehung der Landeshauptkasse (LHK)

9.10.2000 Gründung der Performa Nord GmbH als Landeseigengesellschaft zum Vertrieb von Beratungsdienstleistungen auf dem Gebiet des Personalwesens, der Finanzen, der Versicherung, der Verwaltung und der Beschaffung außerhalb der bremischen Verwaltung. Die Dienstleistungen der GmbH werden im Wege der Personalgestellung durch Mitarbeiter des Eigenbetriebs erbracht.

23.01.2001 Einrichtung einer Landesfamilienkasse zur Zentralisierung der Kindergeldzahlung an Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes und Übertragung dieser Aufgabe durch VO des Senat auf den Eigenbetrieb Performa Nord.

01.01.2002 Übertragung der Aufgaben Stadtvermittlung, Erstellung des Behördenfernspprechbuchs und der Abrechnung der Fernmeldegebühren durch Senatsentscheidung auf den Eigenbetrieb Performa Nord.

2002 Im Rahmen einer Neuregelung des Boten- und Postdienstes für alle bremischen Dienststellen, Übertragung der Aufgabe auf den Eigenbetrieb Performa Nord. Abschluss einer Vereinbarung mit der Deutschen Post AG zur Erreichung einer verbesserten Portomengenrabattierung.

01.01.2003 Umstellung des kameralen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen auf SAP R/3. Einsatz von Entlasterkräften bei der Landeshauptkasse zur Unterstützung dieser Änderung bisheriger Geschäftsprozesse.

01.01.2004 Aufteilung der zentral veranschlagten Mittel des sogenannten Treuhandtopfes „Dienstleistungsentgelte an Performa Nord“ auf die Bedarfsressorts

Geschäftsverlauf 2003

Die Performa Nord GmbH konnte durch einen Jahresumsatz von T€ 646 positiv zur Auslastung des Eigenbetriebes beitragen. Das Jahresergebnis der GmbH beläuft sich auf 4.773 €

Die Umsatzsituation ist im Wesentlichen dadurch geprägt, dass gemäß § 2 BremPerformaG die Dienststellen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen als Abnehmer auftreten. Die Umsatzerlöse entfallen i.H.v. T€14.560 auf das traditionelle Geschäft der Performa Nord, für den Boten-/Postdienst ergeben sich T€708, für den Bereich der Telefondienste belaufen sich die Erlöse auf T€1.131, mit der Performa Nord GmbH stehen T€548 Erlöse zu Buch. Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen kommen rund 96 % aus dem öffentlichen Sektor.

Die Aufwendungen für das Personal sind durch besoldungsrechtliche Regelungen und durch das für den öffentlichen Dienst geltende Tarifwerk für Arbeiter und Angestellte bestimmt.

Die Personalaufwendungen sind mit 70,48 % der Gesamtaufwendungen der größte Posten unter den Aufwendungen. Ihre Reduzierung kann nennenswert die Ertragslage des Betriebes beeinflussen, jedoch sind der Betriebsleitung wegen der geltenden tarifrechtlichen und beamtenrechtlichen Bestimmungen nur geringe Handlungsspielräume eingeräumt.

Für das Personal wurden im Geschäftsjahr 2003 den Altersteilzeit-Rückstellungen T€ 1.250 per Saldo zugeführt; die Bilanzsumme dieser Rückstellungen beträgt T€ 4.412.

Ohne die Netto-Zuführungen zu den Rückstellungen hätte die Performa Nord ein positives Jahresergebnis von T€ 78 erzielt.

Im Berichtsjahr ist ein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschaftet worden, weil den Kosten i.H.v. T€ 19.355 Erträge in gleicher Höhe gegenüberstehen.

Wie im Haushaltsjahr 2002 wird auch im Haushaltsjahr 2003 ein planerisch entstehender Jahresfehlbetrag des Eigenbetriebes durch den Senator für Finanzen ausgeglichen. Für das Haushaltsjahr 2004 besteht keine Zusage zur Übernahme eines möglichen Verlustes.

Ausblick

Die für das Haushaltsjahr 2003 beschlossene Dezentralisierung der zentral veranschlagten Haushaltsmittel wird auch noch im Jahr 2004 fortgesetzt, denn für einige Dienstleistungen der Performa Nord (z.B. Versorgung, Beihilfe) wurden die Mittel des „Treuhandtopfes“ auf jeweils eine zentrale Produktgruppe verteilt und nicht auf die Produktgruppe/Dienststelle, für dessen Personal Performa Nord tätig wird. Im Jahr 2004 werden zunächst die zentral verwalteten Haushaltsmittel für die Erbringung der Beihilfedienstleistung verteilt, die Verteilung der restlichen Mittel wird später folgen.

Performa Nord hat durch diese Entwicklung nun viele verschiedene Abnehmer, die für die von Performa Nord erbrachten Dienstleistungen jeweils einzeln aus ihrem selbstverwalteten Budget zahlen. Wie das vergangene Jahr gezeigt hat, gewinnt damit der Aspekt der Kundenbetreuung immer stärkere Bedeutung, denn der Erläuterungsbedarf bezüglich des neuen Abrechnungsverfahrens ist aus den unterschiedlichsten Gründen sehr groß. Die noch ausstehenden Verteilungen sowie jede weitere Verfeinerung des Abrechnungsverfahrens werden weiter für Anpassungsaufwand bei Performa Nord sorgen; es ist nicht einschätzbar, in welchem Umfang durch Arbeitsverdichtung und Kosteneinsparung diesen Anforderungen Rechnung getragen werden kann.

Insgesamt bleibt Performa Nord aber wegen des extrem hohen Umsatzanteils des öffentlichen Dienstes von der gesamt-bremischen Personalpolitik als Bestimmungsfaktor für die Abnahmemenge abhängig. Gleichzeitig wird die Zahlungsfähigkeit dieser Kunden von ihrer finanziellen Ausstattung im Wege der Haushaltaufstellung bestimmt.

Über die Umsätze mit der Performa Nord GmbH soll die Abhängigkeit von der bremischen öffentlichen Verwaltung langfristig reduziert werden. Tendenziell hat die Performa Nord GmbH dazu beigetragen, denn sie konnte ihre Umsätze von 252 T€ im Jahr 2001 auf 646 T€ im Jahr 2003 steigern. Aufgrund der nachhaltigen Vertriebsaktivitäten der GmbH und der Produkterweiterung des Eigenbetriebes wird auch für das Jahr 2004 mit einer positiven Entwicklung gerechnet.

Welche Auswirkungen die Bestrebungen der fünf norddeutschen Länder hinsichtlich der Zentralisierung der Bezüge- und Beihilfeabrechnung haben werden, lässt sich zurzeit nicht abschätzen, da mit dem Untersuchungsergebnis nicht vor Mai 2005 zu rechnen ist.

Risiken, die den Fortbestand des Eigenbetriebs insgesamt gefährden, sind nach heutiger Sicht nicht erkennbar.



Beratungsgespräch



fidatas bremen

Eigenbetrieb des Landes Bremen

Unternehmensgegenstand:

IT-Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung.

Im Geschäftsbereich Technikunterstützte Informationsverarbeitung deckt fidatas bremen, als Generalunternehmer für die bremische Steuerverwaltung, mit seinen Mitarbeitern in den Bereichen

- IT-Consulting und IT-Management
- Softwareentwicklung
- Service und Produktion

den gesamten Plan-Build-Run-Zyklus für seine Kunden ab.

Der Geschäftsbereich Datenschutz und Datensicherheit ergänzt das Leistungsangebot mit einer aufsichtsführenden Stelle im zentralen Rechenzentrumsbetrieb für die bremische Verwaltung.

Ein weiterer Leistungsschwerpunkte liegt in der Unterstützung der öffentlichen Verwaltung bei der Wahrnehmung ihrer Auftrageberfunktion bei IT-Ausschreibungen mit der Erstellung von Bedarfs- und Marktanalysen, Pflichtenheften und der Vorbereitung der Vergabeunterlagen.

Mit seinen IT-Fahndung-Services unterstützt fidatas bremen auch überregional hoheitliche Fahndungsstellen bei der Sicherung und Analyse elektronischer Beweismittel.

Sitz des Eigenbetriebes:

Rudolf-Hilferding-Platz 1, 28195 Bremen
Achterstraße 30, 28359 Bremen

Stammkapital:

5.000.000 €

Anteilseigner / Anteile % :

Freie Hansestadt Bremen (Land) 100%

Geschäftsführer:

Herr Gert Hofer

Betriebsausschuss:

(Stand 31.12.2003)

Herr Senator Dr. Ulrich Nußbaum (Vorsitz)
Frau Birgit Busch
Herr Andreas Kottisch
Herr Peter Kehmann
Herr Rolf Herderhorst
Frau Sandra Speckert
Herr Frank Schildt
Herr Carsten Brockmann
Herr Wilfried Sulimma

Ressort:

Senator für Finanzen

Bilanzdaten in T€

Aktiva	1999	2000	2001	2002	2003
Anlagevermögen	-	-	9.067	9.147	9.332
Umlaufvermögen	-	-	8.119	7.257	6.537
Sonstige Aktiva	-	-	0	0	0
RAP	-	-	0	0	0
Bilanzsumme	-	-	17.186	16.404	15.869

Passiva	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenkapital	-	-	13.104	12.889	11.835
Sonderposten	-	-	0	0	0
Rückstellungen	-	-	1.769	1.570	1.614
Verbindlichkeiten	-	-	2.313	1.945	2.420
Sonstige Passiva	-	-	0	0	0
RAP	-	-	0	0	0
Bilanzsumme	-	-	17.186	16.404	15.869



Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	1999	2000	2001	2002	2003
1 Umsatzerlöse	-	-	10.821	11.231	10.969
2 ertragswirksame Zuschüsse	-	-	0	0	0
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	-	-	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	-	-	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	-	-	390	345	101
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	-	-	11.211	11.576	11.070
6 Material	-	-	95	74	179
7 bezogene Leistungen	-	-	4.159	4.563	4.844
8 Personalaufwand	-	-	5.215	5.079	5.167
9 Abschreibungen	-	-	1.032	1.322	1.171
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	-	-	806	790	759
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	-	-	11.308	11.828	12.120
III Betriebsergebnis (I-II)	-	-	-97	-252	-1.050
11 Beteiligungsergebnis	-	-	0	6	29
12 Zinsergebnis	-	-	-36	32	-30
IV Finanzergebnis (11+12)	-	-	-36	38	-1
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	-	-	-133	-214	-1.051
13 ausserordentliches Ergebnis	-	-	0	0	0
14 Steuern	-	-	2	2	3
VI Jahresergebnis (V+13-14)	-	-	-134	-216	-1.054

 Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)

1999	2000	2001	2002	2003
-	-	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

-	-	92	91	95
---	---	----	----	----

Historie

01.01.2001	Gründung von „Fidatas Bremen“, Eigenbetrieb des Landes Bremen mit Inkrafttreten des Gesetzes über den Eigenbetrieb Fidatas Bremen – Finanzen, Daten, Anwendungen, Systeme - als haushaltrechtliche Verselbständigung der ehemaligen „Automationsabteilung“ der mittlerweile aufgelösten OFD Bremen unter Einbeziehung der Restaufgaben des kommunalen Eigenbetriebs ID Bremen.
2001	Zuordnung der bremischen Anteile an der fiscus GmbH an Fidatas Bremen.
2002	Übertragung der bremischen Gesellschaftsanteile an der ID Bremen GmbH sowie sonstiger vermögensrechtlicher Verträge an Fidatas Bremen.
2003/2004	ITIL-Zertifizierung der Fidatas Bremen
Januar/Februar 2004	Konzeptrealisierung für Magistrat Bremerhaven (Festsetzung Grundsteuer) Vorstudie für OFD Köln (IT-Fahndungs-Services im Bereich Schwarzarbeit)
Juli 2004	Rahmenvereinbarung zwischen Finanz- und Justizressort zur Bündelung der IT-Aufgaben des Justizbereichs unter dem Dach der Fidatas Bremen

Geschäftsverlauf

Geschäftsbereich Technikunterstützte Informationsverarbeitung

Das Geschäftsjahr wurde im Wesentlichen durch zwei operative Ziele geprägt. Einerseits sollten die Aufgaben der Kunden im Steuerbereich weitergehender unterstützt und andererseits sollten zur Verbesserung der Kostenstruktur weitere Verwaltungsbereiche als Kunden gewonnen werden. Beide Ziele wurden weitestgehend erreicht.

Im Steuerbereich wurden u. a. ein Produktionsverfahrens für das Lesen von Umsatzsteuer- und Lohnsteuervoranmeldungen (Belegleseverfahren) eingeführt und die Verfahren auf das Betriebssystem Windows 2000 umgestellt. Im Rahmen der Umstellung wurde veraltete Hardware am Arbeitsplatz ersetzt.

Im zweiten Quartal des Wirtschaftsjahres wurden die Überlegungen des Senators für Justiz und Verfassung zur gemeinsamen Wahrnehmung der Aktivitäten im Bereich der technikunterstützten Informationsverarbeitung aufgenommen. Fidatas bremen wurde beauftragt, die Rahmenbedingungen und die Grundlagen der Zusammenarbeit im Rahmen eines Projektes bis Ende März 2004 zu beschreiben. Das Projekt konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Umsatzerlöse dieses Geschäftsbereichs wurden in diesem Geschäftsjahr noch weit überwiegend mit den bremischen Finanzämtern für die

- Bereitstellung von Hardwaresystemen, Basis Softwaresysteme und informative Systemlösungen
- Produktion und Betrieb Systemlösungen und der
- Entwicklung und Pflege Systemlösungen

erzielt. Die Leistungserbringung basiert auf der am 02.12.2003 mit dem Senator für Finanzen abgeschlossenen Vereinbarung. Die Leistungserbringung erfolgt im Bereich der Rechenzentrumsproduktion von der ID Bremen GmbH als Unterauftragnehmer.

Der Geschäftsverlauf konnte grundsätzlich das prognostizierte Ergebnis des Wirtschaftsplans erreichen.

Geschäftsbereich Datensicherheit und Datenschutz

Dieser Geschäftsbereich hat seine Umsatzerlöse durch die Vermietung des Gebäudes Achterstraße 30 und die Erbringung von Dienstleistungen erwirtschaftet. Mieter des Gebäudes und der Dienstleistungen war im Berichtszeitraum im Wesentlichen die ID Bremen GmbH.



Bei der Vermietung des Grundstücks in der Achterstraße 30 decken die Einnahmen den laufenden Personal- und Sachaufwand nicht ab. Erhebliche Anstrengungen zur Kostensenkungen konnten den Gesamtverlust aber wesentlich reduzieren.

Die Nutzung des Hauses in der Achterstrasse 30 erfordert grundsätzlich eine ständige Anpassung der technischen Ausstattung an die Erfordernisse eines Rechenzentrumsbetriebs. Im Geschäftsjahr wurde mit der Optimierung der Klimatechnik ein wesentlicher Schritt in diese Richtung getan.

Risiken

Die Sicherheitserfordernisse eines Rechenzentrumsbetriebes für die bremische Verwaltung bewirken Aufwendungen, die mit dem als Vergleichsbasis herangezogenen Mietzins für Büroflächen nicht zu erwirtschaften sind. Kurz- bis mittelfristig können die Fehlbeträge aus der eingebrochenen Kapitalrücklage gedeckt werden. Der Bestand des Eigenbetriebs wird dadurch nicht gefährdet.

Prognose

fidatas bremen ist es gelungen, das bestehende Knowhow auch anderen Verwaltungen kostengünstig und überzeugend anzubieten. In diesem Zusammenhang sind insbesondere der Senator für Justiz und Verwaltung zu nennen. Die Einnahmesituation wird sich dadurch nachhaltig verbessern und den Fortbestand des Eigenbetriebes weiter absichern.

Dieser positiven Entwicklung steht die Haushaltsnotlage des Landes Bremen als Hauptkunde gegenüber.



Dienstgebäude Achterstraße 30

	Stichwort	Seite
-	A bschreibung	13
-	Allgemeines	6
-	Anlagevermögen	9
-	ausserordentliches Ergebnis	14
-	B audienstleistungen Bremen	73
-	Bestandsveränderungen	12
-	Beteiligungsergebnis	13
-	Betriebsaufwand	13
-	Betriebsergebnis	13
-	bezogene Leistungen	12
-	Bilanz	9
-	Bilanzsumme	10
-	<i>Bremer Baubetrieb</i>	71
-	<i>Bremer Entsorgungsbetriebe</i>	58
-	<i>Bremer Volkshochschule</i>	95
-	E igenbetriebe	6
-	Eigenkapital	10
-	Entgelte aufgr. Geschäftsbesorgungsverträge	12
-	Ergebnis gewöhnlicher Geschäftstätigkeit	13
-	ertragswirksame Zuschüsse	12
-	F achbegriffe	9
-	<i>fidatas</i>	123
-	Finanzergebnis	13
-	<i>Focke - Museum</i>	111
-	G ebäude- und TechnikManagement Bremen (GTM)	81
-	<i>GeoInformation</i>	75
-	Gesamtleistungen	12
-	J ahresergebnis	14
-	<i>Justiz - Dienstleistungen</i>	86
-	M aterial	12
-	Museumsstiftungen	7
-	<i>Musikschule Bremen</i>	101
-	N eugründungen	7
-	O rganigramm	8
-	P erforma Nord	117
-	Personalaufwand	12
-	R echnungsabgrenzung	10
-	Rückstellungen	10

	Stichwort	Seite
-	Sonderposten	10
-	sonstige betriebliche Erträge	12
-	sonstiger betrieblicher Aufwand	13
-	<i>Stadtbibliothek Bremen</i>	89
-	<i>Stadtgrün Bremen</i>	65
-	Steuern	13
-	Übersee - Museum	106
-	Übersicht Personalstärke	16
-	Übersicht Zuschüsse aus dem Haushalt	16
-	Umlaufvermögen	10
-	Umsatzerlöse	11
-	Veräußerungen	7
-	Verbindlichkeiten	10
-	Vorwort	5
-	Werkstatt Bremen	49
-	Zentralkrankenhaus Bremen - Nord	34
-	<i>Zentralkrankenhaus Bremen - Ost</i>	27
-	<i>Zentralkrankenhaus Links der Weser</i>	42
-	<i>Zentralkrankenhaus St. - Jürgen - Str.</i>	19
-	Zinsergebnis	13